

# Der klare Blick

20. Jahrgang • Nummer 247 • Oktober 2011

## 40 Jahre

# Karl-Marx-Monument

*Am 9. Oktober 1971 wurde die Bronzeplastik eingeweiht*



*Am 9. Oktober 1971 wurde die wahrscheinlich größte Porträtbüste der Welt in Karl-Marx-Stadt vor rund einer Viertelmillion Zuschauern eingeweiht. Doch die Idee, Karl Marx in der traditionsreichen Industriestadt zu ehren, gab es schon rund 50*

*Jahre eher. Noch heute ist der Bronzekopf mit dem trotzigen Gesichtsausdruck ein Magnet für Besucher aus aller Welt und inspiriert immer mal wieder zu mehr oder weniger geglückten Experimenten. Lesen Sie mehr dazu auf den Seiten 8 und 9.*

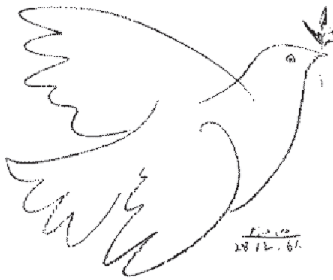
**Programmdiskussion  
der LINKEN in der  
heißen Phase**  
Seiten 4-6

**Pro und Kontra:  
Brauchen wir ein  
neues Fußballstadion?**  
Seiten 10 und 12

**Kapitalismus in seiner  
schwersten Krise und  
kein Ausweg in Sicht**  
Seite 14

**Ökologie:  
Ein Bienenstich, der  
Folgen haben kann**  
Seite 18

## Gedanken zum Weltfriedenstag am 1. September 2011



Vor kurzem fanden libysche Rebellen Waffen aus deutscher Produktion in Gaddafis Arsenalen. Waffen bringen Geld, Waffen sind auch in Friedenszeiten ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Dabei scheint es den Herstellern völlig gleichgültig zu sein, wie viele unschuldige Menschen mit ihren Waffen getötet werden. Was zählt, ist der Profit. Beim alljährlichen Weltfriedenstag am 1. September machte der Stadtvorstand, gemeinsam mit der AG Kultur und Politik, dem OV Stadtzentrum, der Linksjugend, sowie weiteren Unterstützern mit Hilfe von großen Landesfahnen auf dieses Dilemma aufmerksam. Nicht zuletzt herrscht immer noch in elf Ländern, wie Afghanistan, Libyen, Kongo und Pakistan, Krieg.

Umgeben von Läden, inmitten einer Shoppingmeile, bemühten sich die Anwe-

senden, ein Zeichen gegen Kriege zu setzen. Leider stieß dies nicht auf die gewünschte Resonanz. Immer mehr Menschen denken nicht mehr über den eigenen Tellerrand hinaus und gehen blind durch die Straßen. Flüchtige Zerstreuung in Cafés und Restaurants inklusive Shopping scheinen wichtiger, als gemeinsam ein Zeichen für den Frieden zu setzen.

Während des Aktionsnachmittags wurde auch die ICOR vorgestellt. Dabei handelt es sich um den ersten internationalen Zusammenschluss von revolutionären Parteien und Organisationen aus über 40 Ländern der Erde. Die ICOR will helfen, dass die Isolierung des Widerstands in den einzelnen Ländern überwunden wird. Sie wollen den Menschen Mut machen, sich zusammenzuschließen. Die Unterdrückten können in der ICOR ihre Stärke und Kraft bündeln.

In diesem Sinne: Die Zeit ist reif zur Besinnung. Das gemeinsame Miteinander muss wieder stärker im Bewusstsein der Menschen verankert werden.

*Inge Lechner  
und Yvonne Weber,  
AG Kultur und Politik*



Am 19. September wurde Heidmarie Lüth (r.) im Opernhaus in den Ruhestand verabschiedet. Rund 80 Gäste waren gekommen, um der engagierten Bürgermeisterin für ihre Arbeit zu danken. Im Bild: Katrin Scharrer (l.) mit ihrem jüngsten Spross und Angela Schneider (M.).


### Danke!

An dieser Stelle gilt es, Dir herzlichst für Deine Arbeit, Dein Engagement zu danken. Wir fanden mit Dir eine zuverlässige Partnerin in Politik und Verwaltung unserer Stadt und wissen, dass wir Dir bei vielen Aktivitäten unserer Vereine einen Teil der Erfolge verdanken. Liebe Heidmarie Lüth, wir wünschen Dir und Deiner Familie alles Gute, Gesundheit und Kraft für alle Vorhaben.

*Tiemo Kirmse, RLS, und Enrico Hilbert, VVN-BdA*

### Impressum

Herausgeber:  
DIE LINKE. Stadtverband Chemnitz,  
09126 Chemnitz, Rosenplatz 4,  
Tel.: 5 61 90 60; Fax: 56 19 06 17  
www.dielinke-chemnitz.de  
Mail: kontakt@dielinke-chemnitz.de  
Verantw. Redakteurin, Satz und  
Layout: Margitta Zellmer  
Verlag: Eigenverlag  
Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH &  
Co. KG, Boettcherstr. 21, 09117 Chemnitz  
Vertrieb: Eigenvertrieb  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge  
müssen nicht unbedingt die Meinung  
der Redaktion widerspiegeln. Die  
Redaktion behält sich das Recht vor,  
Beiträge gekürzt wieder zu geben.  
Unverlangt eingesandte Manuskripte  
werden nach Maßgabe der Redaktion  
in den Redaktionsplan eingeordnet.  
Die Zeitung ist im Internet unter  
www.derklareblick.de veröffentlicht.  
Red.-Sitzung 11/11: 4.10.2011  
14.30 Uhr, Rosenplatz 4, (öffentlich)  
Erscheinungstag 11/11: 27.10.2011

		<b>DIE LINKE.</b>
<b>Eintrittserklärung</b>		
Hiermit erkläre ich,		
Name, Vorname <input type="text"/>		
Straße, Hausnummer, PLZ, Ort <input type="text"/>		
meinen Eintritt in die Partei DIE LINKE, Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL). Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des Programms der Partei DIE LINKE, erkenne die Bundessatzung an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes.		
<b>Weitere Angaben zu meiner Person</b>		
Geburtsdatum <input type="text"/>	Beruf <input type="text"/>	
Telefonnummer <input type="text"/>	E-Mail Adresse <input type="text"/>	
Wirst du früher bereits Mitglied einer Partei im Sinne des Parteiengesetzes? Wenn ja, in welcher? <input type="text"/>		
<b>Einzugsermächtigung</b>		
Ich ermächtige die Partei DIE LINKE meinen monatlichen Mitgliedsbeitrag in Höhe von ____ Euro und meinen Jahresmitgliedsbeitrag für die Partei der Europäischen Linken (EL) jeweils im Monat Mai in Höhe von ____ Euro (Mindestbetrag 6 Euro) von unten stehendem Konto abzubuchen.		
Kontonummer <input type="text"/>	Bankleitzahl <input type="text"/>	
Name und Ort des Geldinstituts <input type="text"/>		
Name und Unterschrift des Kontoinhabers/der Kontoinhaberin (wenn abweichend vom Mitglied) <input type="text"/>		
Die Angaben dienen der Nachweisführung und der statistischen Auswertung der Mitgliederentwicklung sowie der Verbesserung der Kommunikation. Sie werden im Parteivorstand, den Landesverbänden und in den Gliederungen der Partei DIE LINKE entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt.		
Ort und Datum <input type="text"/>	Unterschrift <input type="text"/>	
Ausfüllen, unterschreiben und einreichen an: DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin		

## Sommertour und Weltfriedenstag

Zwischen 29. August und 3. September führte der Stadtverband seine nunmehr zweite Aktionswoche durch. Mehrere Ortsverbände und die AG Lisa beteiligten sich mit Informationsständen, zahlreiche Genossinnen und Genossen verteilten die Materialien unseres Stadtverbandes zu Energiepolitik und Klimaschutz in Chemnitz. Zum Weltfriedenstag haben wir in der Innenstadt auf die vielen großen und kleinen Kriege auf der Welt hingewiesen und über ihre politischen Hintergründe aufgeklärt. Im Rahmen unserer Sommertour waren wir in fünf Stadtteilen mit Wohngebiets- und Kinderfesten zu Gast, die auf große Resonanz seitens der Chemnitzerinnen und Chemnitzer stießen. Ich möchte ganz herzlich allen Danken, die in der einen oder anderen Weise mitgeholfen und so dafür gesorgt haben, dass die diesjährige Aktionswoche voll und ganz als Erfolg gewertet werden muss! Wir haben gemeinsam gezeigt, dass der Stadtverband kampagnen- und aktionsfähig ist!

Nico Brünler, Stadtvorsitzender

Im Folgenden einige Fotoimpressionen. Die Fotografen waren: Heiko Weigel, Ralf Thonfeld, Carsten Vogel und Eide O' Callaghan.



Kinderfest in Hilbersdorf.



Kinderfest auf dem Sonnenberg.



Roter Kaffeeklatsch im Fritz-Heckert-Gebiet.



Aufmerksamkeit für den Weltfriedenstag am 1. September im Rosenhof. Mit Informationsstand, Trommelperformance und dem Zeigen von Flaggen der Kriegsgebiete in der Welt machten die Akteure auf diesen wichtigen Tag aufmerksam. Es war die einzige Aktion in Chemnitz zum Weltfriedenstag.



Haus- und Hoffest am Samstag Nachmittag.

## Programmdiskussion in der „heißen Phase“

Am 27. August fand in Weinböhla der so genannte Kleine Parteitag der sächsischen LINKEN statt. Dabei wurden über 100 Änderungsanträge zum vorliegenden Programmtext besprochen. Rund zwei Drittel dieser Anträge wurden dabei dem Bundesparteitag in Erfurt zur Übernahme empfohlen.

Ein Schwerpunkt der Tagung in Weinböhla war das Konzept des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS). Die Idee eines ÖBS parallel zum privatwirtschaftlichen Bereich und zum öffentlichen Dienst ist seit den Zeiten der PDS einer der zentralen Ansätze, um auf der Grundlage zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation die Erfüllung notwendiger Aufgaben zu ermöglichen. Es wurde beschlossen, beim Bundesparteitag im Oktober zu beantragen, hier ein grundlegendes Konzept zu erarbeiten. Dieses soll sich substantiell von den Modellen des so genannten Kommunalkombi unterscheiden. Sinn ist es, die Finanzierung gesamtgesellschaftlich sinnvoller Projekte



Am 24. August diskutierte die Chemnitzer LINKE über ihre Änderungsanträge zum Programmtext, die dem Bundesparteitag im Oktober in Erfurt vorgelegt werden sollen.

sicherzustellen und gleichzeitig öffentliche Mittel in tariflich bezahlte Arbeitsplätze statt in Arbeitslosigkeit zu investieren.

Unter den in Weinböhla diskutierten Änderungen waren auch die drei Tage zuvor auf der Basisveranstaltung unseres Stadtverbandes im Forum beschlossenen Anträge. Während – ähnlich wie zuvor schon in Chemnitz – Anträge zum historischen Selbstverständnis für zum Teil lebhaft Debatten sorgten, herrschte

insbesondere bei sozialpolitischen Änderungsanträgen große Einmütigkeit. So wurden zum Beispiel die von unserem Stadtverband geforderten Ergänzungen zu den Themen Mindestrente, Kindergrundsicherung und Sanktionsfreiheit der Grundsicherung auf Landesebene übernommen. Die nicht übernommenen Chemnitzer Anträge (wie beispielsweise diejenigen zur Überwindung der NATO oder zu den Anforderungen an Regierungsbeteili-

gungen) wurden unterdessen wie vereinbart im Namen des Stadtverbandes zum Erfurter Parteitag eingereicht.

Grundsätzlich ist aus Chemnitzer Sicht festzustellen, dass sich unser Stadtverband intensiv in der Programmdebatte eingebracht hat. So sind wir gemeinsam mit Görlitz der einzige Kreisverband in Sachsen, der sich mit eigenen Anträgen auf Bundesebene zu Wort meldet. Das wurde auch vom Landesverband wahrgenommen und gewürdigt.

Als letzten Höhepunkt im Rahmen der Programmdebatte können wir eine Woche vor dem Bundesparteitag am Mittwoch den 12. Oktober unsere Bundesvorsitzende Dr. Gesine Löttsch in Chemnitz begrüßen. Sie wird an diesem Tag vor dem Stadtverband zu Schwerpunkten des Parteitages und zur strategischen Ausrichtung der Bundespartei in den nächsten Monaten sprechen. Im Anschluss wird sie auch zur momentan nicht einfachen Lage unserer Partei Rede und Antwort stehen.

Nico Brünler, Stadtvorsitzender

## Unser Parteiprogramm und der Nahe Osten

Die Formulierung im Programmtext zum "Existenzrecht" Israels hat heftigste, kontroverse Diskussionen ausgelöst. Ein Vorschlag von mir für einen Änderungsantrag hat in der Programmdiskussion in unserem Stadtverband Ablehnung erfahren und mir den absurden, ungeheuerlichen Vorwurf des Antisemitismus eingebracht. An dieser Stelle will ich nicht auf die aus dem Altertum herrührende Begrifflichkeit "Semiten" und seine geschichtlich-philosophische Wandlung zum Antisemitismus als Synonym für Judenfeindlichkeit eingehen.

Das Existenzrecht eines Staates können wir weder anerkennen noch ablehnen. Staaten existieren oder sie existieren nicht. Das gilt auch für Israel. Der Staat Israel ist

seit 1948 eine Realität. Diese Realität haben wir zu akzeptieren. Auf den ersten Blick ist Israel als Reaktion auf das Verbrechen des deutschen Faschismus an den Menschen jüdischen Glaubens entstanden. Tatsächlich ist der Gedanke zur Schaffung eines "Judenstaates" viel älter. Um 1880 entstand die Idee bei jüdischen Intellektuellen und wurde auf dem 1. jüdischen Weltkongress 1897 von Herzl als Ziel formuliert. Mit dem Erlebnis der Dreyfus-Affäre kamen Juden zu der Schlussfolgerung: Wenn es den Juden unmöglich gemacht wird, sich innerhalb anderer Nationen zu verwirklichen, so sollen sie einen eigenen Nationalstaat anstreben. Als Territorium waren Argentinien, Uruguay, Uganda, der Sinai oder auch Palästina

in der Diskussion. Trotz entsprechender Zusagen in der Balfour-Deklaration wurde die Umsetzung nicht verwirklicht. Erst mit der UNO-Empfehlung 1947 zur Teilung des Mandatsgebietes Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat konnte der Gedanke vom "Judenstaat" Realität werden. Ohne Abstimmung mit den arabischen Nachbarn wurde noch in der Nacht nach der UNO-Sitzung die Gründung Israels ausgerufen. Die arabischen Interessen blieben unberücksichtigt. Deshalb wurde der neue Staat von arabischer Seite abgelehnt. In diesem einseitigen Emanzipationsakt liegen der Geburtsfehler Israels und eine Ursache für den dauerhaften Konflikt.

In der Gründungserklärung berief sich David Ben-Gurion

auf das historische und natürliche Recht der Juden auf ihre "angestammte" Heimat. Ereignisse die vor 2500 Jahren stattgefunden haben, den Wahrheitsgehalt des alten Testaments unterstellt, werden als rechtliche und historische Grundlage für den heutigen Staat Israel herangezogen. Kann man das so akzeptieren?

Aber schauen wir uns das Alte Testament an. In den Büchern Moses wird der Auszug der Israeliten aus Ägypten, ihre Ankunft im Sinai und der Empfang der 10 Gebote sowie die göttliche Verheißung auf das "gelobte Land", gemeint ist das biblische Kanaan, für sein "ausgewähltes Volk" beschrieben.

In der Folge beschreibt das Alte Testament die Ankunft der Stämme Israels in ihrer

"angestammten Heimat" als eine Geschichte von Eroberung, Vernichtung, Raub und Vertreibung. Den hier Ansässigen wurde ihr Land genommen und darauf entstanden die jüdischen Königreiche Davids und Salomons. Mit der Eroberung durch Assyrer, Babylonier und Römer, der Zerstörung des ersten und zweiten Tempels endete die jüdische Eigenstaatlichkeit und die Juden gingen in die Diaspora, die Vereinzelung. An der späteren Verteufelung der Juden war, die aus ihnen hervorgegangene, christliche Glaubensgemeinschaft nicht schuldlos.

Der politische Zionismus, tatsächlich ist das die politisch-ideologische Grundlage des heutigen Israel, begann sich um 1860 herauszubilden. Rabbiner Hirsch gründete 1863 das „Zentralkomitee für die jüdische Kolonisation Palästinas“. In der Losung vom „Volk ohne Raum und Raum ohne Volk“ zeigt sich deutlich die dem Kolonialismus angelehnte Denkweise. Die Interessen der arabischen Bevölkerung fanden keinerlei Beachtung. Bürgerlicher, jüdischer Nationalismus trieb im 1. Weltkrieg jüdische Einheiten unter Führung von Ben Gurion an die Seite Deutsch-

lands und der Türkei, auf der Seite der Entente kämpften das 38., 39. und 40. jüdische Bataillon. Dem Ruf des deutschen Kaisers „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“ folgte der deutsche Professor jüdischen Glaubens Fritz Haber als Hauptmann in die Armee und wurde als „Vater des Giftgaskrieges“ zum Kriegsverbrecher.

Es bleibt die Erkenntnis:

1. Aus über 2000 Jahre Geschichte kann kein heutiges Recht auf Staatsgebiet abgeleitet werden.

2. Das Gebiet Palästina und seine Menschen waren immer ein Spielball der Großmächte. Mit dem Zerfall des Osmanischen Reiches nach dem 1. Weltkrieg wird das besonders deutlich.

Das vom Völkerbund an Großbritannien übertragene Mandatsgebiet Palästina sollte diesen Status nur zeitweilig haben und kurzfristig selbstständig werden.

Bei aller wechselvollen und widersprüchlichen Geschichte bleibt die mit nichts zu vergleichende Tatsache des Völkermordes an den europäischen Juden durch Deutsche und den faschistischen deutschen Staat.

Der Entwurf für unser neues Parteiprogramm zieht die einzig richtige Schlussfolgerung: Nie wieder dürfen Menschen wegen ihres Glaubens oder ihrer Rasse verfolgt und vernichtet werden. Dieser kategorische Imperativ, abgeleitet aus dem Holocaust gilt aber zugleich allgemein.

Der UNO-Teilungsplan für Palästina hat so nicht Frieden, sondern vielmehr die Ursachen für neuen Zwist geschaffen. Dabei steht heute die Existenz Israels bei seinen arabischen Nachbarn bis hin zur PLO außer Frage. Die Voraussetzungen für einen dauerhaften, gerechten Frieden unter Berücksichtigung der Interessen der arabischen Menschen zu schaffen, das ist die Bringschuld Israels. Hier ist Prof. M. Zuckermann nur zuzustimmen.



Gebet an der Klagemauer.

Foto: Pixelio

Hubert Gintschel

## Hätte ich DIE LINKE gewählt?

Nun liegt es vor, das Ergebnis der Wahlen in Berlin. Wir – DIE LINKE haben verloren und mal ehrlich, hätten Sie uns gewählt? Da flatterten wenige Tage vor der Abstimmung bei den Wählern Briefe ins Haus, die die nächste Mieterhöhung bei den kommunalen Vermietern ankündigten. Und wir sind die Regenten und werben auf der Straße genau dafür, dass die Mieten bezahlbar bleiben – was heißt bleiben, es war nicht die erste Erhöhung in den letzten beiden Legislaturen. Wie war das noch mit dem Wasser? Da haben wir gegen die Bürgerbewegung zur Offenlegung der Verträge gearbeitet und die Leute haben es trotzdem durchgesetzt und sich die Transparenz in der Politik begonnen zu erkämpfen, die wir einst auf unsere Fahnen geschrieben hatten – Stichwort „Gläsernes Rathaus“! Und die Ostkompetenz? Nun sind die Sozialdemokraten die stärkste Wahlpartei im Osten, einst war es die PDS. Also hätten Sie DIE LINKE gewählt, wenn Ihnen deren Vertreter täglich, zumindest im Wahlkampf suggerieren, dass alles gut ist, weil sie mitregieren und sie spüren das nicht wirklich? Und selbst der Protest außerhalb parlamentarisch im Stich gegangen wird? Und wie soll zusammengehen, was da sonst noch von Berliner LINKEN zur Ausrichtung der Partei geäußert wird mit einer kraftvollen parlamentarischen und außerparlamentarischen sozialistischen Kraft? Stichwort: Bundeswehreinsetzung. Bleibt zu hoffen, dass die Schuld am Ausgang der Wahl nun nicht den Bundesvorsitzenden und anderen vermeintlich unfähigen Genossen in die Schuhe geschoben wird, wie es sich in den ersten Wortmeldungen der Berliner Führung am Wahlabend schon andeutete. Ich bleibe weiterhin optimistisch, dass im

Ergebnis tatsächlich inhaltlich diskutiert wird in unserer Partei und wir gewarnt bleiben, denn auch hierzulande waren die letzten Wahlen im Ergebnis wenig berauschend und seitdem ist wenig zu spüren von unserer Partei, wir sind kaum Teil des Alltages in Sachsen oder Chemnitz. Und in Umfragen würden die Sachsen weiterhin einer FDP/CDU eine Mehrheit im Parlament verschaffen. Dies doch sicher nicht, weil sie so zufrieden sind und in blühenden Landschaften leben! Wenige Ausnahmen für mangelnde Wahrnehmung bestätigen die Regel und sind doch nicht immer positiver Natur. So auch im Stadtverband Chemnitz. Viele Genossen sind aktiv – auch auf der Straße und bei den Bürgern, doch sonst? Da gibt es Schlagzeilen, die keinen Mut machen, wenn der Parteivorstand eine von zwei verbliebenen linken Tageszeitungen abbestellt, weil Genossen in gehobener Position wohl mit Kritik von links nicht umgehen können. Und auf der anderen Seite verlieren wir mit der einzig verbliebenen Bürgermeisterin in der Stadt ein integeres Aushängeschild, weil es nicht gelungen ist, eine Nachfolge durchzusetzen. Wo stehen wir also in der Stadt und gestalten oder verwalten wir Politisches intern und nach außen?

Ich hätte es schwer gehabt in Berlin, meine Stimme abzugeben, dann als Pirat hätte ich mir wohl oder über freiwillig das linke oder rechte Auge mit einer Klappe verschließen lassen müssen! Zu kommenden Wahlen sollte diese Frage so jedoch nicht stehen – hätten ich oder Sie DIE LINKE gewählt? - sondern muss mit einem eindeutigen Ja beantwortbar sein, weil wir wieder die Partei für den Alltag sind, mit einem Bekenntnis zum Osten und seiner Geschichte und mit einem klaren gesellschaftlichen Konzept für die Zukunft!

Enrico Hilbert

## Offener Brief an den Parteivorstand DIE LINKE

## Hinter uns liegen Wahlen – vor uns viel Arbeit

Liebe Genossinnen und Genossen, Wahlen quer durch Deutschland liegen hinter uns und wir sind durch ein Wechselbad der Gefühle gegangen. Die Ergebnisse fast geahnt und dennoch bleibt nach den doch sehr mageren Ergebnissen auch von Berlin nur noch Ernüchterung. Erklärungen schwirren zuhauf durch die Lande und „ich habe es schon immer gewusst“ hört man vor allem über die Medien. Kommunismusdebatte, 13. August, Glückwunschschriften, die da an der Parteispitze und, und, und ... Zeit für ein Scherbengericht – nein, es ist Zeit für eine gründliche und umfassende Analyse und eine sachliche Auseinandersetzung ohne Schuldzuweisung, Rechthaberei und vor allem ohne jegliche Ausgrenzungen.

Jeder für sich, aber vor allem die Funktions- und Mandatsträger, sollten Einkehr halten und sich und ihren Beitrag für den Zustand dieser, unserer Partei, kritisch hinterfragen und nicht schon jetzt auf andere schieben und dort die Schuld ausmachen.

Ist es nicht richtiger, wenn man vorurteilslos alle Fakten und Argumente auf den Tisch legt und sie auf ihren substantziellen politischen Gehalt und ihre Außenwirkung prüft, bevor jetzt schon wieder ungeprüfte Positionen öffentlich und voreilig verkündet werden.

Tatsache bleibt leider, dass wir die Wahlziele in diesem Jahr nicht erreicht haben und wir uns eingestehen müssen, zehntausende Wählerinnen und Wähler verloren zu haben. Am Einsatzwillen und der Tatkraft der Mitglieder und Sympathisanten hat es wohl kaum

gelegen, wie die Berichte und Bilder überzeugend belegen. Mit den Entschuldigungen sieht es aber durchwachsen aus. Versäumnisse in der Landespolitik werden ungenügend reflektiert, was die Aussagen insbesondere der „führenden“ Berliner Genossinnen und Genossen beweisen. Hier sei nur auf die Wohnungspolitik und den Umgang mit der Bürgerinitiative „Berliner Wassertisch“ verwiesen.

Man zeigt vehement auf die Bundesspitze und übersieht, dass die angeblich wahlgefährdenden Diskussionen aus dem bürgerlichen Lager und den Medien genüsslich dargeboten und zelebriert wurden und ein Teil unserer Amts- und Mandatsträger dem hinreichend aufgesessen sind.

Nicht nur das, sie haben sich nicht ohne eine gewisse Eitelkeit mit ihrer Meinung in den bürgerlichen Medien präsentiert, manchmal ohne Rücksicht darauf, dass dies mit unseren politischen Grundsätzen und dem Meinungsbild der Basis nicht immer übereinstimmt.

Wir im Ortsverband haben es als beschämend empfunden, dass man mit der Erkrankung von Lafontaine die Personaldebatte losgetreten, die Vorsitzende in der Gesellschaftsdebatte hat im Regen stehen lassen, die Bewertung des 13. August dem Verriss des politischen Gegners überlassen, konstruierte Antisemitismusvorwürfe fast ohne faktische geschichtliche Substanz anerkannt und die Geburtstagsglückwünsche an Fidel Castro als peinliche Entgleisung abgetan hat.

Ohne Übertreibung, dies sind Themen die gierig vom politischen Gegner aufgegriffen, von den Medien überschwänglich verbreitet und aus den eigenen Reihen noch befeuert wurden. Ohne Not und mangels Selbstbewusstsein wurde die Mär von

der mangelnden Politikfähigkeit der LINKEN, es war seitens des politischen Gegners sogar von Verfassungsfeindlichkeit die Rede, aufgegriffen und in den eigenen Reihen kolportiert.

Sicher, mit den oben genannten und ausgewählten Themen hätte man vielleicht auch überlegter und differenzierter agieren können, dies sollte aber nicht dazu verführen, Wahrheiten zu verschweigen oder noch schlimmer, sich dem herrschenden Mainstream anzupassen.

Gerade der fast schon pathologische anmutende Anpassungswille an die vorherrschende politische Meinung, der in manch Meinungsäußerungen und Handlungen von Funktions- und Mandatsträgern zutage tritt, die Suche nach dem möglichen Entwicklungspotenzial der Marktwirtschaft und dessen öffentliche Hervorhebung, die Rechtfertigung für eine zu reformierende NATO und der Einsatz der Bundeswehr nach Einzelfallprüfung machen Angst für den Fortbestand der LINKEN.

Wir möchten antikapitalistisch, solidarisch und friedliebend bleiben, auch wenn dies nicht für bürgerliche Koalitionen taugt. Na und?

Haben uns nicht Wähler gerade deshalb verlassen, weil wir nicht mehr mutig und aufrichtig genug sind, die unausweichliche Systemfrage zu stellen und manchmal nur noch verzweifelt nach Entschuldigungen für alles, was wir getan, tun und noch tun werden, suchen?

Mit Blick auf den Programmparteitag sollten wir allen Anstrengungen darauf richten, dass wir in der Sache streiten, aber menschlich miteinander verbunden uns für eine neue Gesellschaftsordnung – ... das Einfache, was so schwer zu machen ist – einsetzen.

Mit solidarischen Grüßen  
i. A. Raimon Brete  
Mitglieder des OV Sonnenberg



## Wie weiter?

Die AG Senioren- und Behindertenpolitik möchte den zweiten Schritt wagen. Aus den Ortsverbänden liegen der AG erste Informationen zum Anliegen „**Bildung einer mobilen Besuchergruppe**“ vor. Wir möchten damit Ortsverbände unterstützen, die aus akzeptablen, unterschiedlichen Gründen den Kontakt zu einzelnen Mitgliedern nicht mehr im gewünschten Maße sichern können.

Hier möchten wir hier etwas Abhilfe schaffen und hoffen, dass dieses Anliegen die erwartete Resonanz findet. **Die AG sucht dafür enga-**

**gierte Genossinnen und Genossen aus den Ortsverbänden, die bereit sind, betagte und kranke Mitglieder, denen die Teilnahme am Parteilieben nicht mehr möglich ist, zu besuchen.**

Bitte meldet Euch zu diesem Anliegen bis zum 15. Oktober 2011 in der Geschäftsstelle, Tel. 0371/5619060. Nach dem 20. Oktober treten wir mit Euch in Verbindung. Im direkten Kontakt wollen wir dann das weitere Vorgehen zu beraten.

Gerda Uhlmann,  
Sprecherin der AG

## Empfehlung zum Nachlesen - nicht nur für Stadträte

**Studie: Auslagerung zu Privaten ist oft teurer als in öffentlicher Regie.** Die New York Times berichtet über eine Studie, deren Ergebnisse die übliche Behauptung widerlegen, die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen bzw. die Auslagerung von öffentlicher Tätigkeit in den privaten Sektor sei billiger als dann, wenn der Staat die Leistungen mit eigenen Angestellten erbringt. Der falsche Eindruck, wonach die Auslagerung in den privaten Sektor den Staat weniger kostet, wird mit einem Trick erreicht, so Albrecht Müller. Hier der Link zur so genannten **POGO-Studie**: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=10776>

NachDenkSeiten - Die kritische Website  
<http://www.nachdenkseiten.de>

## Save-me, Flüchtlinge aufnehmen! - Die Initiativgruppe Chemnitz stellt sich vor

Am 17. September eröffneten auf dem Marktplatz in Chemnitz die 21. Interkulturellen Wochen. Neben den ca. 60 Vereinen und Organisationen, die sich dort vorstellten, nutzten wir die Gelegenheit mit der neuen Chemnitzer Initiativgruppe die Idee der Kampagne "Save me - Flüchtlinge aufnehmen!" in Chemnitz bekannter zu machen. Aber was bedeutet "Save me" und warum in Chemnitz?

Kriege, politische Krisen oder andere existenzielle Nöte zwingen jedes Jahr viele tausend Menschen zur Flucht aus ihren Heimatländern. Oftmals kommen sie aber gar nicht in einen sicheren Staat, sondern sitzen oft jahrelang ohne Perspektive auf ein menschenwürdiges Leben in eigentlich provisorischen Flüchtlingslagern fest. "Save-me" wurde vom UN-

Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) und Pro Asyl in Deutschland initiiert. „Save-me“ wirbt dafür, dass Deutschland kontinuierlich Flüchtlinge aufnimmt und hier neu ansiedelt. Es geht um die Rettung besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge (bspw. alleinstehende oder alleinerziehende Frauen) aus unhaltbaren Situationen und deren dauerhafte Integration. Viele Länder weltweit, darunter die USA, Kanada oder die skandinavischen Länder beteiligen sich an einem solchen Resettlement Programm, Deutschland allerdings bisher nicht.

Deshalb die Idee: Eine Bewegung von unten aus den Städten und Kommunen heraus initiieren und damit auch Druck auf Landes- und Bundesebene ausüben. Durch lokale Bündnisse will "Save-

## Ist der Euro noch zu retten?



„Ist der Euro noch zu retten?“ hieß eine Veranstaltung am 23. August im Bürgerhaus City. Kompetenter Gast war die EU-Parlamentarierin der LINKEN, Dr. Cornelia Ernst. „Der Ausstieg aus dem Euro wäre verheerend für uns alle“, machte sie eingangs deutlich, um sogleich festzustellen: „Merkel und Sarkozy zerstören die EU.“ 30 Prozent Lohn- und Rentensenkungen in Griechenland beispielsweise führen nicht dazu, die griechische Wirtschaft zu beleben. „Finanzinvestoren werden zu Erpressern. Die EZB regelt alles im Alleingang.“ Die Krise sei eine Systemkrise, die auch bei uns alle Bereiche erfasst. In der EU gibt es keine Wirtschafts-, Steuer- und Sozialunion - das aber müsse zusammengeführt werden, um die Krise gemeinsam zu bewältigen. Unter anderem sei es dringend geboten, Eurobonds einzuführen, die Finanzmärkte von unabhängigen europäischen Ratingagenturen checken zu lassen und zu regulieren, eine Bankenabgabe und eine Finanztransaktionssteuer sowie die Besteuerung von Vermögen und Erbschaften einzuführen, wie die LINKE seit langem fordert. (MZ)

me" eine breite gesellschaftliche Basis gewinnen, um schließlich das Bekenntnis des Stadt- oder Gemeinderats zur Aufnahme von Flüchtlingen vor Ort zu erreichen. In zahlreichen Städten ist dies bereits gelungen, in Sachsen z.B. in Leipzig - darum hat sich die Initiativgruppe Chemnitz zum Ziel gemacht, dass auch der Chemnitzer Stadtrat sich zur Aufnahme solcher Flüchtlinge bekennt.

Der erste Schritt ist getan, weitere folgen: So ist geplant, am 10. Dezember einen Fachtag zu veranstalten, bei dem es neben einem kulturellem Rahmenprogramm interessante Vorträge über Hintergründe und die Idee und Umsetzung der Kampagne für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger geben wird. Ort und Uhrzeit werden natürlich noch recht-

zeitig bekannt gegeben. Wer sich bis dahin weiter informieren möchte, kann dies auf der Kampagnenseite, zu erreichen unter: [www.save-me-kampagne.de](http://www.save-me-kampagne.de), tun.

Freya-Maria Klinger, MdL

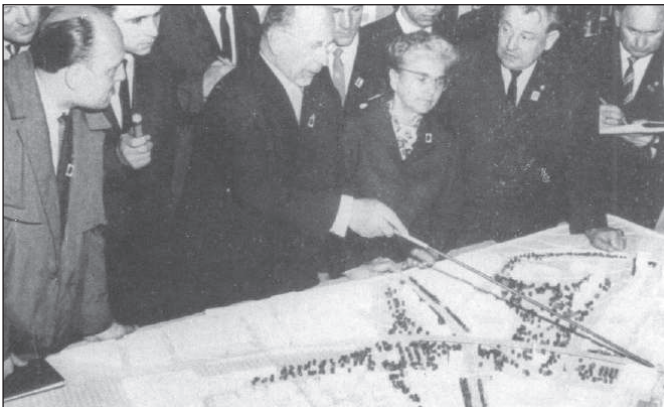


Die Karte zeigt die Orte in Deutschland, die sich schon zum Resettlement-Programm bekennen.

## Der lange Weg zum Nisch'!

### Vor 40 Jahren wurde das Karl-Marx-Monument eingeweiht

Das Karl-Marx-Monument hat eine lange Vorgeschichte. Schon in den 1920er Jahren gab es Bestrebungen, Karl Marx in Chemnitz zu ehren. Damals befasste sich der Stadtrat mit diesem Thema, denn die KPD-Fraktion wollte im Zusammenhang mit der Auffassung des Johannisfriedhofes diesen Ort in Karl-Marx-Platz umbenennen. So geschah es dann auch, jedoch wurde der Platz in der Nazizeit wieder umbenannt – in Schlageder-Platz, was nach dem Zweiten Weltkrieg wieder rückgängig gemacht wurde. Die Idee entstand,



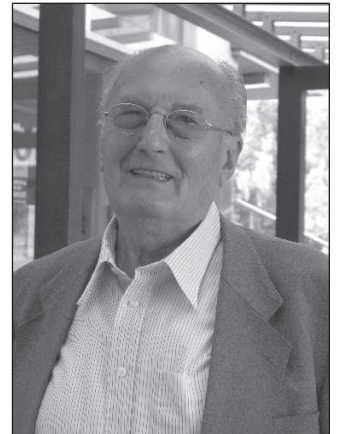
Diskussion am Modell des Stadtzentrums von Karl-Marx-Stadt am 19. Juni 1965. Walter Ulbricht (mit Zeigestock) und seine Frau Lotte. Foto: Archiv „Freie Presse“.

dort ein Karl-Marx-Denkmal zu errichten. Doch gab es so kurz nach dem Krieg kein Geld dafür und der damalige Oberbürgermeister Max Müller entschied, das Vorhaben zu vertagen und später mit dem Aufbau des Stadtzentrums zu verbinden. Nach Gründung der DDR wurde 1950 ein Gesetz zu den 16 Grundsätzen des sozialistischen Städtebaus erlassen, das unter anderem vorsah, zentrale Plätze und dominante Demonstrationsstraßen zu bauen. Das galt für alle zerstörten Städte, so auch für Berlin, wo für den Marx-Engels-Platz ein entsprechendes Ehrenmal für die beiden Denker geschaffen wurde. Da jedoch zu dieser Zeit die Sowjetu-

nion bereits auf Monumentalkunst orientierte, erschien die schon fertige Plastik zu klein und das Zentralkomitee der SED schlug vor, dieses Denkmal der Wahlheimat von Walter Ulbricht, also Karl-Marx-Stadt, zu schenken. So geschah es, die Plastik wurde am Schillerplatz aufgestellt, mit dem Ausbau der Straße der Nationen wurde sie jedoch an den Park der Opfer des Faschismus versetzt, wo sie heute noch zu finden ist. 1959 gab es den Beschluss des Politbüros zum Wiederaufbau von Karl-Marx-Stadt, der sah ein Karl-Marx-Mo-

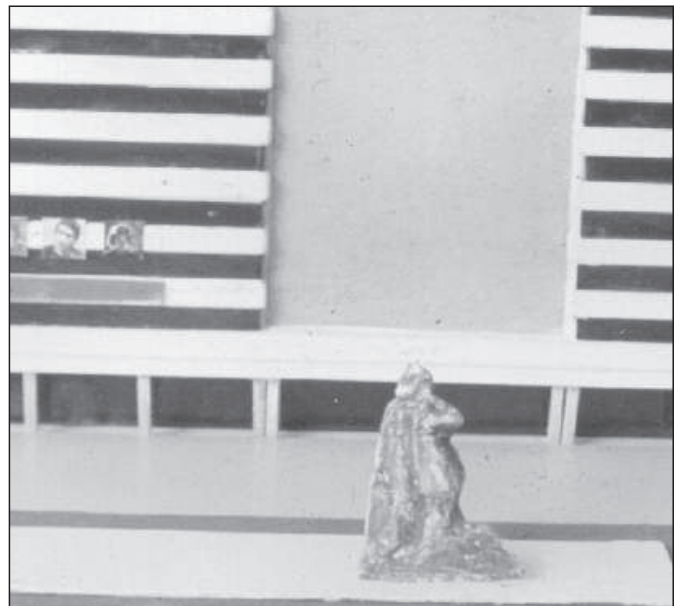
nument an einem zentralen Platz vor. Karl Joachim Beuchel erinnert sich: „Der zentrale Platz sollte mit einem Haus der Kunst und Wissenschaften sowie besagtem Monument dort entstehen, wo jetzt Hotel, Stadthalle und Stadthallenpark sind. Ein Wettbewerb für das Monument war geplant, jedoch stellte man fest, dass die materiellen und finanziellen Mittel beschränkt waren, sodass man den Wohnungsbau an der Straße der Nationen und im Rosenhof diesen Prestigeobjekten zunächst vorzog.“ Inzwischen gab es ein gigantisches Karl-Marx-Denkmal in Moskau, das Walter Ulbricht bei einem Besuch zu Gesicht bekam. Begeistert nahm er Kontakt mit dessen

Schöpfer, dem Bildhauer Lew Jefimowitsch Kerbel auf und fragte ihn, ob er ein ähnliches auch für die DDR machen würde. Das sollte eigentlich in Berlin stehen, aber man kam dort mit dem Bau des zentralen Platzes nicht voran, weswegen das Politbüro des ZK der SED entschied, es in Karl-Marx-Stadt aufzustellen. Karl Joachim Beuchel: „Zur 800-Jahr-Feier 1965 stellten wir Walter Ulbricht ein Modell des künftigen Karl-Marx-Stadt mit Stadthalle und Hotel vor. Ulbricht stimmte dem zu, forderte aber gleichzeitig, das auf dem zentralen Aufmarschplatz das von Kerbel geschaffene Monument zu stehen habe. Er beauftragte den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Paul Roscher, alles dafür Notwendige in die Wege zu leiten.“ So kam es, dass eine Delegation, der auch Beuchel angehörte, nach Moskau fuhr und mit dem Künstler erste Verhandlungen führte. Der 1917 geborene Kerbel war prädestiniert für solch ein Vorhaben, hatte er doch zusätzlich monumentale Bildhauerkunst studiert und bereits einige



Karl Joachim Beuchel, 1928 in Chemnitz geboren, Diplomingenieur und Architekt, von 1964 bis 1984 Stellv. Oberbürgermeister, Stadtbau- und Stadtarchitekt, seit 2009 Berufenes Mitglied des Kuratoriums für Stadtgestaltung von Chemnitz.

überdimensionierte Plastiken geschaffen. „Später kam Kerbel zu uns, wir diskutierten intensiv, ob es richtig ist, Karl Marx als elf Meter hohe stehende Figur mit Tribünen dahinter vor die Stadthalle zu stellen. Das würde den Eingang verdecken und das Denkmal hätte keinen Bezug zum Ensemble von Stadthalle und Hotel.“ So keimte die Idee, die Plastik auf die gegenüberliegende Seite, vor das Gebäude des Rates des



Einer der ersten Entwürfe auf dem Modell des zentralen Bereiches mit einem Karl-Marx-Monument als stehende Figur auf der Karl-Marx-Allee im Jahr 1967.

Foto: Archiv Karl Joachim Beuchel.



Bezirk an der Karl-Marx-Allee (heute Brückenstraße) zu platzieren und den sowie so nur wenige Tage im Jahr genutzten Aufmarschplatz als Grünfläche zu gestalten. „Kerbel begrüßte das sehr, auch, weil so die Sonne seitlich auf die Figur treffen würde, was deren Plastizität hervorhob. Nun erhob sich die Frage, wie bringen wir das dem Politbüro bei?“ Beuchel und sein Team bauten also ein Modell mit Demonstrationsgruppen aus Pappe. Sie fuhren nach Berlin, zeigten im Politbüro das Modell, zogen die Demonstrationsattrappen an Fäden über die Karl-Marx-Allee auf dem Modell und sangen die Internationale dazu. „Damit wollten wir zeigen, dass Großveranstaltungen auch auf dieser breiten Straße möglich sind.“ Ein gerade erlassener Politbürobeschluss, der besagte, dass in den Städten attraktive Grünflächen mit Aufenthalts-

qualität und trotzdem Möglichkeiten zu stehenden und fließenden Demonstrationen zu schaffen sind, kam ihnen zugute. Schließlich war Ulbricht einverstanden.

Kerbel hatte inzwischen einen Entwurf erarbeitet und die Karl-Marx-Städter Verantwortlichen probierten mit einer Attrappe die Wirkung des künftigen Monuments. „Damals war die Karl-Marx-Allee noch leer, aber das Haus der Industrieverwaltung auf der Straße der Nationen stand im Rohbau. Wir bauten also aus Holz, Pappe und Stoff eine elf Meter hohe Figur, stellten die dort auf und luden Paul Roscher, Max Müller und Heinz Arnold, damals Vorsitzender des Rates des Bezirkes, zur Begutachtung ein. Wir mussten feststellen, dass für den Betrachter nur die Füße gut sichtbar waren, der Kopf war sehr klein. Eine stehende Figur war also eher ungünstig.“ Kerbel beordnete

später Beuchel nach Moskau, wo er inzwischen einen Entwurf für die Bronzestatue fertig hatte. Beuchel war zunächst unentschlossen, ließ sich aber von Kerbels Argumentation überzeugen, der sagte: „Aus seinem Gesicht müssen seine Ideen und ihre Verwirklichung ablesbar sein. Karl Marx braucht keine Beine, keine Hände, sein Kopf sagt alles. Ich will etwas Neues schaffen, wenn ich zaghaft herangehe, gelingt das nicht.“

Zurück in der Heimat stellte Beuchel den neuen Entwurf Max Müller vor. „Der fiel fast vom Stuhl. Es gab große Bedenken und ein langes Hin und Her. Schließlich hieß es: Entscheiden soll das Politbüro.“ Also wieder nach Berlin, Kerbel war dabei und begründete seinen Entwurf. Ulbricht meinte schließlich: „Lasst das die Künstler und Kulturschaffenden der DDR entscheiden.“ So geschah es. Im Ergebnis einer hitzigen Problemdiskussion mit prominenten Künstlern wurde 1968 beschlossen: Ja, lasst uns die Idee des Marxismus mit dem Kopf von Karl Marx symbolisieren. Und so geschah es.



*Karl Marx eingehaust - das temporäre Projekt der Neuen Sächsischen Galerie erregte 2008 viel Aufmerksamkeit.*

Als am 9. Oktober 1971 vor etwa 250.000 Menschen das Monument enthüllt wurde, mischte sich Beuchel unter die Zuschauer, um zu sehen, wie es aufgenommen wurde. „Die Reaktionen waren sehr unterschiedlich. Manche waren begeistert, andere meinten, das Geld hätte sinnvoller für etwas anderes genutzt werden können.“ Diese ambivalente Betrachtung der monumentalen Plastik im Herzen unserer Stadt spaltet die Bevölkerung auch heute noch.

*Margitta Zellmer*

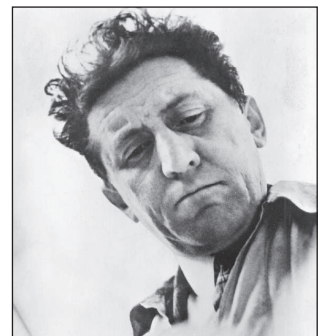


*Feierliche Einweihung des Karl-Marx-Monumentes am 9. Oktober 1971. Bild Bundesarchiv, Bild 183-K10 10-0007.*

*Foto: Wolfgang Thieme*

### Fakten und Zahlen

Das Karl-Marx-Monument ist über sieben Meter hoch, mit Sockel 13 Meter, und ca. 40 Tonnen schwer. In Leningrad gossen Spezialisten 96 Einzelteile in Bronze, die mit einem LKW-Konvoi nach Karl-Marx-Stadt gebracht wurden. Die VEB Germania übernahm das Zusammenschweißen der Teile vor Ort. Die viersprachige Schriftgestaltung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch“ aus dem Kommunistischen Manifest an der dahinter liegenden Wand schufen die beiden Chemnitzer Künstler Heinz Schumann und Volker Beier. 1966 hatte Prof. Lew Kerbel den Auftrag angenommen, er legte zwölf Entwürfe vor, darunter verschiedene Varianten der Porträtbüste. 1969



*Lew Kerbel.*

*Foto: Archiv Beuchel*

war am Vorabend des Tages der Republik Grundsteinlegung und 1971 war das gigantische Kollektivwerk vollbracht.

2008 wählten MDR-Zuschauer das Monument als zweitbestes unter 50 Denkmälern in den Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

## Aus der Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates vom 7.9.2011 (Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass)

„Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE die Initiative zum S-Bahnnetz unterstütze. Auch die Abgeordneten im Land und Bundestag sollten dies unterstützen. Zum Stadtfest sagt er, dass dieses gut angenommen wurde. In der CWE müsste jedoch darüber beraten werden, was sich bewährt bzw. nicht bewährt habe. Die Chemnitzer

Wirtschaft solle auch hierbei gefördert werden. Er stellt kritisch fest, dass zum Festumzug im Rahmen der Festwoche die TU Chemnitz nicht vertreten war.

Zum Erfenschlager Bad sagt er, dass sich seine Fraktion nicht damit einverstanden erklären könne, dass die Öffnung des Bades für das Jahr 2012 auf der Kippe stehe. Das Bad gehöre nach wie vor der

Stadt und es sei dringend erforderlich, dass die Stadt und Träger dafür Sorge tragen, dass das Bad bis zum nächsten Jahr so herzurichten sei, dass einer Betriebserlaubnis nichts im Wege stehe.

Abschließend spricht er zu Reparaturen und Instandhaltungsarbeiten an Kinderspielflächen in der Stadt und fordert, dass es im kommenden Jahr zu keinen Sperrungen

bzw. Einschränkungen von Spielplätzen kommen dürfe. Er bittet um eine entsprechende Aussage der Verwaltung im nächsten Verwaltungs- und Finanzausschuss.“

PS.: Bei dem S-Bahn-Projekt handelt es sich um ein Projekt in Mitteldeutschland, bei dem die großen Städte untereinander verbunden werden sollen – Chemnitz jedoch soll nicht angeschlossen werden.

## Stadionumbau des CFC (Stellungnahme des AGENDA-Beirates)

In seiner Oktobersitzung soll der Stadtrat von Chemnitz über den geplanten Umbau des Stadions an der Gellertstraße entscheiden. In der AGENDA-Beiratssitzung am 24. August stellten Dr. Mathias Hänel und Prof. Reinhard Erfurth das Projekt vor.

Es ist die mehrheitliche Auffassung des AGENDA-Beirates, dass ein Stadionumbau, gerade an der Medienpräsenz des Profifußballs betrachtet, sich positiv auf das Image der Stadt Chemnitz auswirken und dem Leistungszentrum für Nachwuchsfußballer der Region eine sportliche Zukunft bieten kann. Der AGENDA-Beirat hat folgenden Standpunkt zum Projekt:

1. Beim Stadionumbau müssen die Menschen in Chemnitz mitgenommen werden, d.h. z.B., dass für die geplante Photovoltaikanlage auf dem Stadionsdach Möglichkeiten der finanziellen Beteiligung für private Personen und für Unternehmen der Region realisiert werden müssen. Respektive hierfür wird als Betreiber der Beteiligungslösung die eins Energie in Sachsen befürwortet. Eine Verbindung des investiven Engagements Beteiligter mit deren Sponsoring (z.B. über



*In Chemnitz wird aus einer der schönsten Nebensachen der Welt ein Politikum, um das erbittert gestritten wird.*

*Foto: Rainer Sturm/Pixelio*

Dachnutzungsgebühren) sollte damit auch die Wirtschaftlichkeit des Stadionprojektes zumindest im geringen Umfang verbessern helfen.

2. Das Gesamtenergiekonzept der neuen Stadionanlage sollte nachhaltig sein, d.h. unter keinen Umständen sollte an der wirtschaftlichen Nutzung der Fernwärme auch perspektivisch Abstriche gemacht werden. Außerdem sollten weitere ökoefiziente Vorhaben wie die geplante vollständige Nutzung des Regenwassers realisiert werde.

3. Für das Vorhaben, das neue Stadion des CFC als Identifikation für den Stadtteil „Sonnenberg“ zu sehen, wird eindringlich ein verbessertes Marketing insbesondere hinsichtlich der Georg-Weerth-Mittelschule und den Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie dem Stadtteil an sich empfohlen.

4. Um die Kosten des Stadionumbaus in gewissen Grenzen zu verringern und die Identifikation der CFC-Fans mit dem Stadion zu steigern, sollte nach dem Vorbild

z.B. des 1. FC Union Berlin Möglichkeiten von Eigenleistungen der Fans realisiert werde.

5. Es sollten alle Möglichkeiten geprüft werden, den ÖPNV qualitativ zu verbessern (z.B. im Zusammenhang mit dem Umbau des Hauptbahnhofes/Tunnel und einer verbesserten Autobusverbindung mit dem Umland), dass Besucher der Fußballspiele des CFC auch aus dem Umfeld in größerem Maße auf die Anreise mit dem Privat-PKW verzichten.

6. Das Parkkonzept für Privat-PKW sollte mit Hinblick auf eine Verdoppelung der Zuschauerzahlen bei einem möglichen Aufstieg in die 2. Bundesliga überarbeitet werden, denn die gegenwärtige Situation ist weder für die Anwohner insbesondere des nördlichen Sonnenbergs noch für die Verkaufseinrichtungen im Umfeld tragbar und weiter zumutbar.

7. Das Finanzierungskonzept ist dahingehend GRÜNDLICH zu prüfen, dass im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Haushalts-sicherungskonzept es zu KEINEN weiteren Einschränkungen im kulturellen und sportlichen Bereich kommt. Dies sollte allgemein nachvollziehbar und begründet sein.

*Thomas Scherzberg,  
Vorsitzender*

## Gefragt - geantwortet

### Frage: Wie weiter mit dem Chemnitztalradweg?

In diesem Jahr wurde wieder ein Abschnitt des Chemnitztalradweges fertig gestellt. Leider endet dieser derzeit im „Niemandland“. Für welchen Zeitraum ist der Weiterbau des Chemnitztalradweges auf dem stillgelegten Bahnbett geplant (Baubeginn, Bauende)? Welche Länge soll der nächste Bauabschnitt haben? Welche Kosten werden dafür veranschlagt?

*Heiko Schinkitz, Sprecher Verkehrspolitik und Infrastruktur*

### Antwort der Verwaltung:

Der kürzlich fertig gestellte Abschnitt 3.2 des Chemnitztalradweges endet derzeit an der Nordroute des Chemnitzer Radwegnetzes. Von diesem vorläufigen Endpunkt aus können über die Heinersdorfer Straße sowohl die Radwege über den Kornweg nach Wittgensdorf als auch die Chemnitztalstraße erreicht werden. Für den folgenden Abschnitt 4.1 des Chemnitztalradweges, der von der Heinersdorfer Stra-

ße bis zur Unteren Hauptstraße in Wittgensdorf führt, wird derzeit das Planfeststellungsverfahren vorbereitet. Das Verfahren ist zwingend erforderlich, weil dieser Abschnitt durch das sensible Flora-Fauna-Habitat-Gebiet „Chemnitztal“ (FFH-Gebiet) verläuft. Das Verfahren soll im III. Quartal d. J. eröffnet werden. In Abhängigkeit der Verfahrensdauer, die zurzeit nicht exakt eingeschätzt werden kann, ist damit zu rechnen, dass die Umsetzung des Abschnittes 4.1 in den Jahren 2013/14 erfolgen wird. Die Länge des Abschnittes 4.1 beträgt 1,71 km und soll weiter auf der stillgelegten Eisenbahnstrecke Chemnitz – Wechselburg verlaufen. Die Baukosten sind mit 950.000 Euro veranschlagt. In den Kosten enthalten ist die Ertüchtigung von zwei Eisenbahnbrücken für die Zwecke des Radverkehrs. Die weiteren Abschnitte des Chemnitztalradweges werden vom Straßenbauamt Chemnitz geplant und hergestellt.

## Sächsischer Bürgerpreis 2011

Das Sächsische Staatsministerium des Inneren hat sich an die Landräte und Oberbürgermeister mit der Bitte gewandt, Vorschläge für die Verleihung eines „Bürgerpreises 2011“, der am 20. Oktober in der Dresdner Frauenkirche verliehen werden soll, zu unterbreiten. Wir unterbreiteten der Oberbürgermeisterin den Vorschlag, die „Chemnitzer

Tafel e.V., zur Würdigung vorzuschlagen.

Die Arbeit dieser Sozialeinrichtung ist nicht hoch genug zu würdigen, da hier die aktive und vorwiegend ehrenamtliche Betreuung und vor allem notwendige ergänzende Versorgung der sozial Schwächsten der Gesellschaft erfolgt.

*Hubert Gintschel*

## Sprechstunden Stadträtinnen/Stadträte der Fraktion DIE LINKE

Jeden Montag von 14 bis 15 Uhr, Stadtrat Jan Schulze  
Mitglied Sozialausschuss

Ort: Bürgertreff, „Bei Heckerts“, Wilhelm-Firl-Str. 23  
30. September, 16:30 – 18:00 Uhr, Fraktionsv. Hubert Gintschel  
Mitglied Verwaltungs- und Finanzausschuss

Ort: Bürgertreff, „Bei Heckerts“, Wilhelm-Firl-Str. 23  
10. Oktober, 16:00 – 17:00 Uhr, Stadtrat Dr. Eberhard Langer  
Mitglied Umlegungsausschuss

Ort: Rathaus, Markt 1, Zimmer 111

19. Oktober, ab 18:30 Uhr, Stadtrat Thomas Scherzberg

Mitgl. Planungs-, Bau- u. Umweltausschuss

Ort: Bürgertreff Solidar- u. Lebenshilfe e.V., Flemmingstr. 8, Haus 9

## Erhaltet die Spielplätze

Im Rahmen der allgemeinen Daseinsvorsorge haben die Gemeinden die Voraussetzungen für die Erhaltung und Gestaltung einer menschenwürdigen Umwelt zu sichern. So lautet der Auftrag an die Kommunen. Zu dieser Daseinsvorsorge zählt nach Meinung der LINKEN auch, dass man der Jugend ausreichend Gelegenheit zum Spielen geben und damit auch Spielplätze zur Verfügung stellen muss.

In Sachsen gibt es jedoch zurzeit im Gegensatz zu anderen Bundesländern keine konkreten landesrechtlichen Vorgaben über die Bereitstellung von Spielflächen für Kinder und Jugendliche. Die Entscheidung über die Errichtung und Unterhaltung von Spielplätzen ist allein Aufgabe der Kommune. Und die muss sich selbst darum kümmern, wie sie es finanziert.

So sieht derzeit die Meinung der Landesregierung aus, denn diese stellt ab diesem Jahr für die Finanzierung von Sanierungen bzw. dem Neubau von Spielplätzen kein Geld mehr zur Verfügung. Die Finanzierung bleibt mal wieder an den Kommunen, die pleite sind, hängen.

Und die Lage in Chemnitz ist ernst: Die dauerhafte Erhaltung der 111 Freizeitan-

lagen würde, nach Aussage unserer Baubürgermeisterin Petra Wesseler, jährlich etwa 350.000 Euro kosten. Gleichzeitig gibt sie aber auch zu: „2011 und 2012 stehen trotz intensiver Bemühungen des Dezernats keine Mittel für Spiel- und Freizeitanlagen zur Verfügung.“ Und damit droht den Chemnitzer Spielplätzen das Aus. Bereits geschlossen ist ein Spielplatz im Stadtpark, der 2010 vom Hochwasser in Mitleidenschaft gezogen worden war. 190.000 Euro für eine Sanierung hat die Stadt nicht, ebenso wenig wie 70.000 Euro, um den öffentlichen Tastpfad im Crimmitschauer Wald zu renovieren.

Hier muss endlich ein Umdenken stattfinden. Spielplätze gehören, wie es schon viele Rechtsurteile bestätigt haben, zur infrastrukturellen Grundversorgung. Wenn die Stadt ab 2013 angeblich zwei Millionen übrig hat, um die Miete des CFC zu bezahlen, dann müssten auch 350.000 Euro übrig sein, um die Spielplätze zu erhalten. Gleichzeitig muss aber auch der Druck auf die Landesregierung erhöht werden, damit diese die Spielplätze wieder in den Maßnahmenkatalog für die infrastrukturelle Grundversorgung aufnehmen.

*Stadträtin Sabine Pester*  
Familienpolitische Sprecherin



Der Konkordiapark hat Glück gehabt. Im nächsten Jahr soll die 2005 eröffnete Anlage an der Leipziger/Hartmannstraße, die sich großer Beliebtheit erfreut, saniert werden. Der Vorschlag für den Haushalt 2012 sieht vor, 150.000 Euro für die Erneuerung von Skater-Rampen einzustellen.



Es diskutierten: Dr. Eberhard Langer, Nico Brünler, Heiko Schinkitz, Hubert Gintschel (v.l.)

## Ein neues Fußballstadion für Chemnitz?

Die Veranstaltung war Auftakt einer neuen Diskussionsreihe zu kommunalpolitischen Themen, wie Nico Brünler eingangs verkündete. Die nächste findet am 13. Oktober, 17 Uhr, im QUER BEET zum Thema „Soziokultur in Chemnitz - Welche Strukturen braucht unsere Stadt?“ statt. Thema am 19. September war der Bau eines neuen Stadions für den Drittligisten CFC. Selten wurden Diskussionen so leidenschaftlich und so kontrovers geführt. Zweifellos sind es Tatsachen, dass das Gellertstadion nach mehr als 20 Jahren seit der letzten Sanierung in einem erbarmungswürdigen Zustand ist und dass der DFB bestimmte Auflagen erteilt, damit der Klassenerhalt gesichert werden kann.

Ebenso ist nicht zu leugnen, dass Fußball in Chemnitz mehr ist als der CFC, der sich noch nicht mal eine Saison in der 3. Liga bewiesen hat. Wichtiger sozialer Faktor sind die Nachwuchsarbeit und der Blindenfußball. Doch eines steht fest und das macht die Bürger so wütend: Die jetzt geplante Finanzierung wird zu Lasten von anderen freiwilligen Leistungen der Kommune gehen: Projekte schließen (Seite 13), das Ebersdorfer Schulmuseum steht auf der Kippe, ebenso das TIETZ, um nur die Spitze des Eisberges zu nennen. Deshalb wird von den Stadträten zumindest erwartet, dass sie bei der Finanzierung nachverhandeln und keine faulen Kompromisse eingehen. (MZ)

## Neues Fußballstadion - ja oder nein?

Am 19. September fand eine Gesprächsrunde im Rothaus statt, zum Thema neues Fußballstadion. In der recht kontrovers geführten Diskussion stellte sich heraus, dass das von der Stadtverwaltung bisher vorgelegte Finanzierungskonzept weder Hand noch Fuß hat. Die Mittel für den Neubau in Höhe von 23 Millionen Euro und die jährliche Miete von zwei Millionen Euro müssten aus der Stadtkasse aufgebracht werden. Nun habe ich als Fußballfan bestimmt nichts gegen ein neues Stadion, aber alles aus Steuermitteln finanziert, halte ich für absurd und nicht vertretbar. Private Sponsoren

wurden bisher nicht gefragt, was eigentlich einem logischeren Planungsverlauf entsprechen würde. In den letzten Jahren haben wir in der Stadt ständig über notwendige Einsparungen diskutiert und für wichtige soziale und soziokulturelle Projekte reichte das Geld nicht mehr aus. Da stellt sich ganz einfach die Frage: Woher will die Stadtverwaltung das Geld nehmen? Soll wieder im sozialen und kulturellen Bereich gekürzt werden? Wenn das eintreten würde und wenn unsere Stadtratsfraktion mehrheitlich, wie es sich in der gestrigen Gesprächsrunde

## Offener Brief

der Linksjugend [solid'] Chemnitz an die Mitglieder der Fraktion der Partei Die LINKE im Chemnitzer Stadtrat zum geplanten Stadionneubau

Liebe Genossinnen und Genossen, aus unserer Sicht hat die Stadt Chemnitz wichtigere Probleme zu lösen als dem CFC ein neues Stadion im Wert von 23 Millionen Euro zu schenken. Profifußball ist ein Wirtschaftsfaktor und hat nichts mit öffentlicher Daseinsfürsorge zu tun. Es ist erst wenige Monate her, da beschloss der Stadtrat mit dem EKKo Einsparungen in Höhe von über 200 Millionen Euro. Von den Kürzungen sind insbesondere Sozial-, Kultur- und Sportvereine betroffen. Daher erscheint es uns mehr als paradox, wenn der Stadtrat nun beschließen würde, die Finanzierung eines einzig für den CFC zur Verfügung stehenden Stadions zu übernehmen.

Zwar beglückwünschen auch wir den Verein zu seinem sportlichen Erfolg in der vergangenen Saison und sind uns bewusst, dass durch diese sportlichen Leistungen Synergien für Stadt und Klub entstehen, doch ist es nicht sinnvoller, die vom DFB geforderten Bestimmungen zu erfüllen, indem Verein, regionale Wirtschaft, Fans und Stadt gleichermaßen in die Pflicht genommen werden? Laut Beschluss des Programms zur Kommunalwahl 2009 spricht sich die LINKE „gegen neue kulturelle Großinvestitionen aus.“ (siehe Seite 8) Zudem möchten wir die Mandatsträger/innen an ihre Pläne für ein Multifunktionsstadion erinnern, „welches Leichtathletik, Fußball und Großveranstaltungen gleichermaßen gerecht werden kann“ (siehe Seite 9) und mit den Einwohnern der Stadt Chemnitz gemeinsam im Dialog entwickelt wird.

Die Konsequenz aus diesem Programmabschluss und den unsozialen Maßnahmen des EKKos kann für unsere Stadträte daher nur ein klares Nein zu den Bauplänen für ein neues Fußballstadion lauten.

Wir fordern daher, dass unsere Argumente in der laufenden Diskussion berücksichtigt und ernsthaft diskutiert werden sowie in den Entschluss einfließen.

Mit solidarischen Grüßen  
Marion Baumann, Robert Meyer  
Pressesprecher/in i.A der Linksjugend [solid']

abzeichnete, diesem Finanzierungskonzept zur Stadtratssitzung am 5. Oktober zustimmen sollte, wird das keiner mehr verstehen. Das Verhalten unserer Fraktion kann ich dann nur als schizophoren bezeichnen, denn erst Einsparungen mittragen und dann für dieses Konzept stimmen, ist der Parteibasis und den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr vermittelbar. In diesem Zusammenhang stelle ich mir sowieso die Frage, inwieweit die Fraktion bei ihren Entscheidungen Rücksicht auf die Meinung der Basis und der Bevölkerung nimmt. Fakt ist, dass die Basis und besonders die Par-

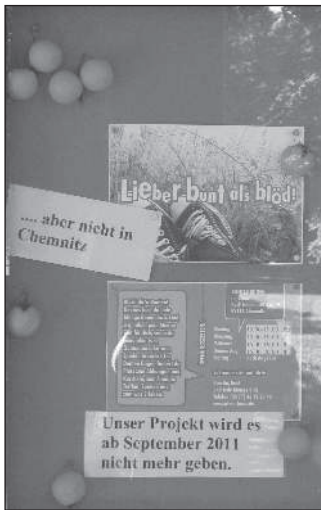
teijugend gegen dieses Projekt in seiner jetzigen Form sind.

23 Millionen aus der Stadtkasse würden dann fehlen, für notwendige soziale, kulturelle und umweltpolitische Maßnahmen in unserer Stadt. Vielleicht denken einige Fraktionsmitglieder, dass es bis zu den nächsten Wahlen noch lange hin ist und spekulieren auf die Vergesslichkeit der Wählerinnen und Wähler. Doch die Quittung für solches Verhalten kann schneller kommen als gedacht. Die Wahlergebnisse von Berlin lassen dann grüßen.

Frank Stolper  
OV Stadtzentrum

Aus für „Bunter Bogen“ im Haus Alma

## Stadtteil verliert letzten Treff für Kids



Vor anderthalb Jahren schloss das Kinder- und Jugendhaus „Benario“ (Träger AJZ) in der Müllerstraße 12 seine Türen. Ende der 1990er Jahre waren 254.745,22 Euro, davon 190.549,32 Euro Fördermittel und 64.195,90 Euro Mittel der Stadt, für seine Sanierung ausgegeben worden. 2005 gab es eine erneute Renovierung, die der SWF e.V. mit etwa 2000 Euro Zuschuss von der Stadt selbst ausführte, bevor das Alternative Jugendzentrum (AJZ) 2006 das Haus in seine Trägerschaft übernahm und als offenen Kinder- und Jugendtreff führte. Zum 31. März 2010 wurde das Haus geschlossen und steht seitdem leer. Die Stadt Chemnitz begründete das mit einer „Vielzahl von weiteren Angeboten der Jugendarbeit in diesem sowie dem angrenzenden Stadtteil Zentrum. Mit dem Haus Spektrum, dem Haus Alma, aber auch dem Kosmonautenzentrum gibt es für die Kinder und Jugendlichen dieses Sozialraumes umfangreiche Alternativen für eine sinnvolle Freizeitgestaltung.“

Anfangs sträubten sich die Benario-Nutzer, in den „Bunten Bogen“ des Hauses Alma zu wechseln, aber nach kurzer Zeit änderte sich das grundlegend. Doch nun verkündet der Schaukasten am Hauseingang hier: „Unser Projekt wird es ab Septem-

ber 2011 nicht mehr geben.“ Kommt man in das erste Obergeschoss, wo der „Bunte Bogen“ als letzte Freizeitmöglichkeit für Kinder und Jugendliche des Brühlgebiets sein Domizil hatte, sieht es traurig aus. Die Räume sind fast leergeräumt, nur einige übriggebliebene Spiele und Bastelmaterialien künden von unbeschwerten und fröhlichen Zeiten. „Wir haben nach den Ferien für die Kinder nicht wieder geöffnet, um ihnen den Abschied nicht noch schwerer zu machen“, erklärt Kerstin Retzsch. Und Roswitha Plache ergänzt: „Aber wir haben noch einmal mit unseren Besuchern an einem Wochenende hier letzte gemeinsame Stunden verbracht. Die Resonanz war überwältigend. Außerdem haben sich viele eine Kette gebastelt mit einer ‚Mutter‘ als Anhänger. Das soll ihre Verbundenheit untereinander symbolisieren.“

Ende September läuft die Förderung für das Projekt mit der Begründung aus, dass es auf Grund der demografischen Entwicklung immer weniger Kinder gäbe, der „Bunte Bogen“ nicht mehr benötigt, ein Überangebot an Einrichtungen im Zentrum, insbesondere bei der Gewaltprävention bestehen würde. Doch davon haben die Mitarbeiterinnen nichts gespürt, denn nach der Schließung des Kinder- und Jugendhauses „Benario“ in der Müllerstraße kamen nach kurzem Zögern ungefähr zehn ehemalige „Benario“-Nutzer regelmäßig in den „Bunten Bogen – zusätzlich zu den Stammbesuchern zwischen fünf und 18 Jahren und Laufpublikum. Die kleine Einrichtung platzte manchmal aus allen Nähten. Nach den Vorstellungen des Jugendamtes sollen die Kinder und Jugendlichen jetzt ins Kraftwerk, in die Jugendkirche auf dem Johannisplatz oder ins Kinder- und Jugendhaus „Substanz“ auf den Son-

enberg wechseln. Doch das ist zumindest für die Jüngeren aus dem Grundschulbereich eine Zumutung, außerdem mit zusätzlichen Fahrtkosten verbunden. „Viele wollen sich jetzt selbstständig treffen, die meisten aber sitzen vor dem PC oder dem Fernseher, manche treffen wir auf der Straße“, sagt Kerstin Retzsch.

Der „Bunte Bogen“ arbeitete im § 14 des KJHG, im erzieherischen Kinder- und Jugendschutz in der Gewaltprävention. Hier fanden die Kinder und Jugendlichen Raum und Zeit für sich. „Im Zentrum stand immer das Miteinander, die Hilfe der Größeren für die Kleineren, die gegenseitige Unterstützung“, erläutert Roswitha Plache. Viel Kreatives wurde miteinander fabriziert, thematische Spielsequenzen durchgeführt, gemeinsames Essen am Donnerstagabend gehörte zum festen Ritual. Bereits 2009, als mehrere Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen vor dem Aus standen, war auch der „Bunte Bogen“ in Gefahr. Doch dann glätteten sich die Wogen für das Projekt bereits im Vorfeld des Jugendhilfeausschusses. Der Bunte Bogen wurde für wichtig befunden. Ein Jahr später dann

wieder das Aus. Diesmal sang- und klanglos ohne gemeinsamen Protest aller Vereine. Die Würfel waren viel früher gefallen. Auch die zu Hilfe gerufenen Stadträte zeigten sich machtlos. Eine Verlängerung wenigstens bis Ende 2011, wie von der LINKEN angestrebt, hätte auch nichts mehr gebracht, da es für 2012 keine Perspektiven gab.

Kooperierende Einrichtungen, wie der ASD, die Grundschulen aus Chemnitz, zahlreiche Horteinrichtungen zeigten sich entsetzt über den Wegfall des letzten Treffs für Kids im Stadtteil. „Erfüllte Fachstandards, wachsende Besucherzahlen zählen da wenig“, so Retzsch. „Erst im vergangenen Jahr realisierten wir im Rahmen eines sachsenweit einmaligen Projektes unter dem Motto ‚Hoch vom Sofa‘ mit Jugendlichen den Bau eines Hochbettes, diese waren sehr stolz auf ihre Leistung, knüpften Hoffnungen daran, hatten für ihre Einrichtung etwas geschaffen.“ bedauert Kerstin Retzsch die vergebliche Mühe. Das Hochbett ist längst abgebaut, die beiden Mitarbeiterinnen packen ihre Sachen, schließen die Türen ...

Margitta Zellmer



Roswitha Plache (l.) und Kerstin Retzsch packen ihre Sachen und räumen den „Bunten Bogen“ aus.

## Der Kapitalismus hat die Welt in die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise seiner Geschichte getrieben

Vor ein paar Tagen, sprach ich mit einem Freund darüber, wie sehr das Glück zu leben und die Traurigkeit darüber, dass die Dinge sich verändern, Hand in Hand gehen. Es gibt keine positiven Zukunftsaussichten. Da, wo ich her komme, kannten wir nicht die existenziellen Ängste. Denn ich komme aus einem Land, in dem die Furcht vor Arbeitsplatzverlust, Arbeitslosigkeit, langer Krankheit, sozialem Abstieg, drohender Altersarmut oder ungerechter Lohnpolitik, in dem die Furcht voreinander noch nicht Fuß gefasst hatten. Einem Land, das soziale Geborgenheit bot und dessen politischer Weg seit der Nachkriegszeit für Frieden, sozialen Fortschritt und Völkerverständigung festgeschrieben war.

Die Welt ist im Wandel, vieles was einst war, ist verloren.

Die Anschläge vom 11. September 2001 in New York auf das World Trade Centre gehen über die unmittelbare Wirkung weit hinaus. Die Attentäter und ihre Hintermänner - wer immer das ist - arbeiteten jenen in die Hand, deren politisches Handeln im Sinne der Weltmachtausübung erfolgt. Das ist der Sieg des Terrors über Bürgerrechte und demokratische Grundrechte.

Seit zehn Jahren führt die NATO Krieg. Vordem schon 1999 gegen Jugoslawien, 2001 Afghanistan, danach der Irak, seit März 2011 Libyen. Der gesamte Nahe und Mittlere Osten ist in Aufruhr. Die Volksbewegungen des arabischen Frühlings für Demokratie und Freiheit drohen in Chaos und Bürgerkrieg abzugleiten. Früher sprach man gern vom „Gewaltverzicht“. Dieses Wort ist der Vergessenheit anheim gefallen. Oder hat das einer, schon irgendwo, wieder einmal gelesen? Hoffnung ist knapp geworden. Die vom Kapitalismus verschärfte ökologische Krise trägt mit Schuld für den

Hunger und das Elend von über 12 Millionen Afrikanern in Ostafrika. Zehntausende armer Menschen sind bereits verhungert, besonders dem Tode geweiht sind die ständig unterernährten Kinder. Eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes. Einige Hilfsorganisationen mühen sich angesichts des Elends, die Hungersnot abzumildern. Die Weltgemeinschaft hat andere Probleme, die Hungerkatastrophe spielt nur am Rande eine Rolle.

Europa bewegt sich nach rechts. Banken und Konzernen wird mit milliarden schweren Rettungspaketen geholfen. Armut, niedrige Löhne, Leiharbeit wachsen in Deutschland. Staaten sind gezwungen, durch das Finanzdiktat von IWF und EU teilweise ihre Souveränität aufzugeben.

US-Präsident Obama sieht die nationale Krise. Den USA droht der Rückfall in die Rezession. Der wirtschaftliche Niedergang, vor allem in den großen Zentren der USA, führt zu massiver Arbeitslosigkeit und zunehmende Hoffnungslosigkeit der Amerikaner. Die wahnsinnige Überschuldung, die endlosen Kriege, die Billionen verschlingen, und künftig weitere Milliarden Dollar, die für Verletzte, Traumatisierte und Kriegsversehrte zu zahlen sind, belasten den Staat außerordentlich. Um die Vereinigten Staaten ist es schlecht bestellt, überall unter den Amerikanern tiefste Depression. Der „American Jobs Act“ müsse jetzt und sofort verabschiedet werden, forderte US-Präsident Obama eindringlich in seiner Not. Und gleichzeitig erklärt der US-Präsident Griechenland zum Hauptfeind der Weltwirtschaft. Hier irrt Obama in seiner Bedrängnis. Griechenland ist zwar bankrott, steht aber heute als Synonym für die katastrophale Finanz- und Wirtschaftskrise der Eurostaaten und darüber hinaus

die Krise der Vereinigten Staaten von Amerika.

Wie gefährlich die Situation, insbesondere für Europa geworden ist, spiegelt sich wider in der Bevölkerung und in der Politik, wo die Widerstände gegen immer neue Bankenrettungsschirme stark zunehmen. Dadurch wird es für die Diener der Hochfinanz wie Merkel und Schäuble immer schwieriger, sich selbst in den eigenen Reihen durchzusetzen. Dabei stellt sich auch mir

die Frage, von welchem nicht vorhandenen Geld der Euro und letztendlich die europäische Union gerettet werden sollen. Die Merkel-Regierung ist am Ende. Nur noch taktieren, lavieren, innen- wie außenpolitisch. Die Kanzlerin ist angeschlagen, wirkt ermattet. Es wäre zu hinterfragen, worin denn eigentlich ihre politische Kontinuität besteht, die Finanz- und Wirtschaftskrise in der Eurozone zu lösen.

*Dietmar Uhle*

## Eigenlob verstellt den Blick

Täglich vermelden die Medien Erfolge der ideenreichen und zielgerichteten Arbeit unserer fleißigen Landesregierung. Aus deren Blickwinkel ist auch auf dem Politik- und Arbeitsgebiet der Pflege alles wohlgeordnet. Das dem nicht so ist, kann man wohl auch daraus schlussfolgern, dass die Bundesregierung das Jahr 2011 zum Jahr der Pflegereform ausrief. Auch deren punktgenaues Handeln ist für Betroffene – Pflegebedürftige, pflegende Angehörige, ambulante Dienste, stationäre Pflegeeinrichtungen – nicht erkennbar.

Die Mitglieder der AG Senioren- und Behindertenpolitik der LINKEN im Stadtver-

band diskutierten aus einer Vielzahl von persönlichen Erfahrungen heraus zu diesen Fragen und meinen, dass es an der Zeit ist, dass sich die sächsische Landesregierung mit dem Erreichten nicht weiterhin zufrieden geben kann. In den vergangenen Jahren Erreichtes ist neu zu bewerten.

Die demographischen Veränderungen kann man zwar beklagen, ihnen in Kürze mit neuen, zeitgemäßen Entscheidungen zu begegnen ist jedoch ratsamer. Nahezu ein Viertel der sächsischen Bevölkerung ist bereits heute über 65 Jahre alt. Die Zahl derjenigen, die sich nicht an (weiter auf Seite 15)



*Foto: Rainer Sturm/Pixelio.*

(Fortsetzung von Seite 14) gesundheitlichem Wohlergehen erfreuen können, wächst von Jahr zu Jahr. Mit der Hin- nahme des Rückgangs der Bevölkerung in Sachsen ist auch eine Reduzierung der Menschen verbunden, die Hilfebedürftigen mit unterschiedlichen Leistungen zur Seite stehen können.

Auf den notwendigen Handlungsbedarf weist die von der Fraktion DIE LINKE im sächsischen Landtag herausgegebene Studie „Pflegekollaps verhindern!“ eindringlich hin. Heute spricht man gern von ‚Baustellen‘. Wo unter anderem sieht DIE LINKE diese? Ein neues Pflegegesetz, dass auf einer nachvollziehbaren Landesbedarfsplanung aufbaut, muss Grundlage dafür sein, dass alle Betroffenen, die Pflegebedürftigen, die Verantwortungsträger – von der Kommune bis zu den Pflegenden – einen Handlungsspielraum erhalten, der den neuen Anforderungen entspricht und eine hohe Qualität der Pflege sichert. Ohne eine höhere gesellschaftliche Anerkennung der Pflegetätigkeit, gleich, ob sie im privaten Bereich oder in

Einrichtungen geleistet wird, kann dies nicht gelingen. Diesem Ziel entgegen stehen auch Niedriglöhne für Pflegepersonal, ausufernde Teilzeitjobs, Ausbildungsdefizite, hohe psychische und körperliche Belastungen der Pflegenden, Lücken im Beratungsnetz für Betroffene, ausufernde Dokumentationsarbeiten in Heimen, fehlende Finanzausgleiche für benachteiligte Landesgebiete und vieles mehr.

Keine Frage, alles dies kostet Geld. Es sind Kosten, die von breiteren Schultern als gegenwärtig getragen werden müssen. Auch dazu fordert DIE LINKE die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung.

Die AG Senioren- und Behindertenpolitik beim Stadtverband empfiehlt allen, die mit den dargestellten Fragen konfrontiert sind, ihre Erfahrungen, Erwartungen und Forderungen persönlich an die Landesregierung heranzutragen. Adressaten können im Stadtvorstand nachgefragt werden.

*Gerda Uhlmann, Sprecherin der AG Senioren- und Behindertenpolitik*

## Podiumsdiskussion zur Extremismustheorie

4.10.2011, 19:00 Uhr

Kleiner Saal, Stadtpark Frankenberg  
(Hammertal 3, 09669 Frankenberg)

Die Extremismus- bzw. Totalitarismustheorie erlebt seit den 1990er Jahren einen neuen Aufschwung. Dabei ist sie in der Wissenschaft höchst umstritten. Die Annahme, „Rechtsextremismus“ auf der einen sowie „Linksextremismus“ auf der anderen Seite hätten viele Gemeinsamkeiten und seien nur unterschiedliche Ausformungen eines „extremistischen“ Kerns, wird von zahlreichen Fachleuten kritisiert. Schließlich fasst eine solche Herangehensweise völlig gegensätzliche Werte bzw. Weltanschauungen zusammen. Darüber hinaus führt

eine solche Kategorisierung in der politischen Praxis leider allzu oft zur Diskreditierung demokratischer Kulturarbeit. Das Podium wird über die „Extremismustheorie“ diskutieren und auch die Frage stellen, inwieweit Wissenschaft und Politik neue Wege gehen sollten.

Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.  
Mit Prof. Dr. Dr. Dr. hc Gerhard Besier (TU Dresden), Prof. Dr. Eckhard Jesse (TU Chemnitz), Prof. Dr. Wolfgang Wippermann (FU Berlin), Moderation: Susanna Karawanskij (Politikwissenschaftlerin, Leipzig)

## Michael Leutert auf "Haushaltstour in Sachsen"

5.10.2011, 18:00 Uhr

Rothaus (Lohstraße 2, 09111 Chemnitz)

Auch 2011 informiert Michael Leutert, Haushaltspolitiker der LINKEN im Bundestag, mit einer Veranstaltungsreihe über den neuen Bundeshaushalt. Von Oktober bis Dezember finden insgesamt 13 Termine in ganz Sachsen statt. Der Bundeshaushalt 2012 wird mit einer Präsentation anschaulich beschrieben, Probleme werden verdeutlicht und die Kritik sowie alternative Lösungsvorschläge der LINKEN erläutert. Im Anschluss daran wird Raum zur Diskussion sein. Zusätzlich stellt Michael Leutert die von ihm in diesem Jahr begonnene Zusammenarbeit mit dem unabhängigen Projekt „Offener Haushalt“ vor. Das gemeinsame Ziel ist es, die Voraussetzungen für Transparenz und Partizipation in dem wichtigen Feld der Haushaltspolitik zu verbessern. Die weiteren Termine und Veranstaltungsorte erfahrt ihr auf [www.michael-leutert.de](http://www.michael-leutert.de) oder telefonisch unter 0371-4330116 oder 030-22770528

## Müllers und Co. haben wieder Lust zum Wandern

Die AG "Senioren und Behindertenpolitik" lädt ein zur Wanderung im Rabensteiner Wald

**Sonnabend, 15. Oktober 2011**

Beginn: 10.00 Uhr, Pelzmühlenstr./Ecke Unritzstr.  
(Kulturpalast)

Ende: spätestens 13.00 Uhr am gleichen Ort

Nahverkehrsverbindungen:

**Linie 1/ Bus 41/251/253**

Zentralhaltestelle ab: 9.15 Uhr, 9.30 Uhr

Schönau an: 9.24 Uhr, 9.39 Uhr

Schönau ab: 9.27 Uhr, 9.42 Uhr

Brauerei Reichenbrand an: 9.42 Uhr, 9.49 Uhr + 15min Fußweg durch den Tierpark

**Bus 32**

Dresdner Str. ab: 9.10 Uhr

Zentralhaltestelle ab: 9.31 Uhr

Tierpark an: 10.02 Uhr

**Bus 43**

Gablenz ab: 9.01 Uhr

Scheffelstr. ab: 9.17 Uhr

Bahnhof Siegmars an: 9.43 Uhr +15min Fußweg

Pelzmühlenstr. An: 9.45 Uhr +15min Fußweg



Bei Nutzung zusätzlicher Linien ist eine Tageskarte zu 3,80 Euro günstig.

**Parkmöglichkeiten** sind vorhanden – Ecke Unritzstr./Am alten Weinberg.

**Rückfahrmöglichkeit** regelmäßig in Abständen von 15 - 30 min.

Zur Ausrüstung gehören wandergemäße Kleidung, feste Schuhe, gute Laune und bestes Wanderwetter. Bei strömendem Regen findet die Wanderung nicht statt.

Natürlich hoffen die einladenden Senioren sehr, dass wir auch zahlreiche wanderfreudige Genossinnen und Genossen „unter 60“ begrüßen können.

*Rolf Diez, Manfred Porstmann*

Zum Leserbrief „Ideen für das leerstehende Gefängnis auf dem Kaßberg“, August 2011, Seite 12. Eine Antwort.

Sehr geehrter Herr Eichler, werte Leser „Der Klare Blick“, Genossen und Freunde, der Leserbrief ist zwar einigermaßen erstaunlich, jedoch nicht überraschend. Es freut mich als Vorsitzender des VVN-BdA Chemnitz, dass es vielleicht doch noch Linke in der Stadt gibt, die den Mut haben, sich zu diesem Thema zu äußern, auch wenn sie offensichtlich den öffentlichen Diskurs scheuen. Denn außer unserem Verband, hat sich niemand aus progressiven Kreisen in die Debatte eingebracht. Erstaunlich finde ich die Interpretation einer Pressemitteilung des Vorstandes einer Organisation als einen Artikel oder die Meinungsäußerung eines Einzelnen und natürlich die Miss- und Umdeutung in das Gegenteil von dem, was geschrieben steht. Die Unterscheidung zwischen einem Vergleich, der ja wohl legitim ist, und einer Gleichsetzung sollte doch beherrscht werden, wenn man gewillt ist, zu lesen und anzunehmen, was schwarz auf weiß gedruckt wurde. Überrascht hat mich der Brief indes nicht, denn es war zu erwarten, dass es Widerstand geben wird, darüber war sich der Vorstand unseres Verbandes auch im Klaren, dass er von Links kommt, ist eher traurig. Seit nunmehr einigen Monaten wird die Erinnerungskultur in Sachsen massiv weiterentwickelt und dies in eine Richtung, die unerträglich ist. Die Haftanstalten Hoheneck und Kaßberg stehen dabei im Zentrum der Diskussion und sollen dazu dienen, der DDR die Legitimation ihrer Existenz und letztlich jeglicher gesellschaftlicher Alternative zum alles beherrschenden Kapitalismus abzusprechen. Diese Form der Fortschreibung des Erinnerns an die Geschichte unserer Heimat, politischer Bewegungen u.s.w. muss beendet werden. Aus diesem Grund rufen wir auf, sich dem Thema anzu-

nähern, indem man sich der Wahrheit verpflichtet und nicht der Propaganda und Ideologie. Dass man die Gefängnisse eben betrachtet als historische Orte mit mehrfacher Vergangenheit. Haben wir denn Angst vor der Wahrheit? Ich habe keine – unser Verband scheut diese Auseinandersetzung nicht! Wo bleibt in diesen Tagen die progressive Öffentlichkeit zu diesem Thema? Ist es nicht längst an der Zeit, dass die Linken – nicht im stillen Kämmerlein oder im kleinen Zirkel – diese Fragen aus ihrer Sicht behandeln und öffentlich machen? Ich wünsche mir, dass diejenigen, die über die Untersuchungshaft auf dem Kaßberg, über Verbrecher und Verbrechen Auskunft geben können, inhaltlich unseren Weg zum Umgang mit dem Gebäude und der Deutung der Geschichte mitgehen. Gleiches gilt für Hoheneck. Dabei müssen wir überlegen, wie wir unsere Ziele erreichen, denn die historischen Debatten beinhalten im Augenblick nicht die brennenden Fragen der Menschen im Alltag, auch wenn sie davon trotzdem betroffen sind.

Abschließend sei mir gestattet, dass ich die Aussagen im Leserbrief, die mich und unseren Verband in der Nähe einer Komplizenschaft mit der Stasiunterlagenbehörde sehen, zurückweise.

Während meiner politischen Arbeit im Stadtverband der PDS war es eine der wichtigsten und schönsten Aufgaben, in Verbundenheit mit Eberhard Arnold, Martin Henschmann, Gerhard Miska, Klaus Feske und weiteren Genossen die Arbeit des Solidaritätskomitees zu unterstützen. Solidarität erfahren Menschen, die in der DDR lebten und wirkten, manche von ihnen fanden sich nach 1990 in den gleichen Gefängnissen wieder, wie einst in den Jahren 1933-1945.

Enrico Hilbert

## Die Pressezensur ist beseitigt – es lebe die Pressezensur

Der Stadtverband DIE LINKE Chemnitz hat die Kündigung des Abos der „jungen Welt“ zum nächst möglichen Termin beschlossen. Damit schloss man sich einer Kampagne derer an, die nunmehr ungeniert gegen eine linke Zeitung zu Felde ziehen, die

nicht gewillt ist, sich dem Zeitgeist bedingungslos unterzuordnen. Man muss nicht immer dem Inhalt der Beiträge Beifall zollen, aber tun wir dies nicht auch bei bürgerlichen Medien, ohne gleich deren Boykott zu fordern!

Kurzum, wir halten die nachgerade hysterische Reaktion der diesem Beschluss zustimmenden Stadtverbandsmitglieder für völlig inakzeptabel. Unsere Sympathie gehört denen, die sich dem Mainstream verweigern und schreiben, was Sache ist. Mit kleingeistigem Boykott, wie ihn die Initiatoren der Initiative „Freiheit und Sozialismus“, fordert, offenbart man beträchtliche Demokratiedefizite.

i. A. Jens Heydecke,  
OV Sonnenberg



War diese Titelseite Grund genug, die „JW“ abzubestellen?

## Zum Artikel "‘Rot-Rote’ Regierung in Berlin ...“, September 2011, Seite 7.

Sehr objektiv schilderte Prof. Hoff das Wirken der LINKEN in Berlin. Die Veranstaltung (am 28.6. im Bürgerhaus City. Die Red.) vermittelte eine realistische Sicht auf den Stand der Dinge und macht Lust auf mehr "Rot-Rot"! DIE LINKE sollte meiner Meinung nach in der Öffentlichkeit wieder als soziale Kraft wahrgenommen werden und nicht als Partei der ewig Gestrigen, Mauer- und Castro Verehrer. Der Kommentar von Herrn Rolf Unger geht völlig an der Realität vorbei und ist, wie ich finde, eine schriftliche Zusammenfassung der "nörgelnden Besserwisser", die bei dieser Veranstaltung kein Gehör fanden. Um es mit Adornos Worten zu sagen, „bei vielen Menschen ist es bereits eine Unverschämtheit, wenn sie Ich sagen“. Die dogmatische Maßregelung im Artikel von Herrn Unger spiegelt für mich als Sympathisantin

der LINKEN ein schwerwiegendes Problem in vielen Teilen der Partei wieder: geistiger Stillstand seit über 20 Jahren. Jan Korte (MdB DIE LINKE) beschrieb in der sozialistischen Tageszeitung sehr treffend: „Bruch mit dem Stalinismus als System, das bedeutete für mich den Bruch mit einem dogmatisch-autoritären Sozialismus, mit dem Denken in simplen Freund-Feind-Kategorien, mit dem – meistens lauthals – verkündeten Anspruch, im Besitz der absoluten Wahrheit zu sein. Es bedeutet auch den Bruch mit dem verheerenden Aufspüren von innerparteilichen Abweichlern, mit dem Glauben, von Feinden umzingelt zu sein, sich von der Gesellschaft abzukapseln und zu verbalradikalisieren und letztlich den Bruch mit einem Denken, welches Kritik nicht als Wert an sich begreift“.

Katrin Seifert, Chemnitz



## Gute Form aus Sachsen 1945 - 1989

Ein Markenzeichen des Wasserschlosses ist die Präsentation von Kunst, die etwas abseits des allgemeinen Trends liegt. Diesmal geht es um die „Gute Form“, die in allen Etagen des Hauses präsent ist, ein Spannungsfeld zwischen ästhetischer Qualität aus damaliger und heutiger Sicht, ein künstlerisches Zeitdokument, ein sinnlicher Genuss. Der Begriff „Gute Form“ stammt aus den 1950er Jahren und geht auf den Ulmer Architekten Max Bill zurück. Dem Anliegen dieser Kunst-richtung verdankt die DDR-Designerzeitung „form + zweck“ mit Sicherheit ihren Namen.

Die „Gute Form“ will für Alltagsgegenstände gültig und für jedermann erschwinglich sein, man platziert sich fern jenes elitären Denkens - Design sei Luxus und nur wenigen vorbehalten. Ziele und Ansprüche erinnern mich an die

Aufbruchstimmung, die das Bauhaus einst ausstrahlte.

„Gute Form“ - die Gestaltung begründet sich in der Funktion; Dekore werden sparsam verwendet, Funktionen nicht überdeckt, Austauschbarkeit ist weitestgehend verwirklicht. Neben der zeitlosen Gestaltung war vielen Produkten eine heute kaum vorstellbare Langlebigkeit beschieden.

Das 1956 in den Deutschen Werkstätten Hellerau entwickelte Möbelsystem mit seinen Möglichkeiten, zu kombinieren und zu erweitern, stand für eine neue moderne Formensprache. So nimmt es nicht Wunder, dass diese Möbel noch in vielen Haushalten zu finden sind. So manches Radio aus den Siebzigern ist noch Tag für Tag in Betrieb. Auch der Dia-Projektor Aspectar ist nach über fünfzig Jahren bei Bedarf einsatzbereit. Den Vogel schießt der Handstaubsauger Omega



Foto: Johannes Schmidt

Comfort ab, den man noch heute in Altenburg produziert. Das Prinzip der Langlebigkeit lag gewiss auch in der Mangelwirtschaft der DDR begründet, war aber wohl angesichts steigender Rohstoffpreise und zur Neige gehender Ressourcen weit vernünftiger und zukunftsverträglicher orientiert, als der Wegwerfkapitalismus mit seinem unersättlichen Drang nach Wachstum, Beschleunigung und Erneuerung.

Das Bezirkskunstzentrum Karl-Marx-Stadt begann in

den 1970er Jahren mit dem Zusammentragen von Werken angewandter Kunst. Später kamen Objekte der Produkt- und Formgestaltung sowie Gebrauchsgraphik hinzu. Diese Sammlung wird in der Neuen Sächsischen Galerie bewahrt und beinhaltet über 700 Stücke, deren schönste bis Ende Oktober im Wasserschloss zu besichtigen sind.

Ingrid Schmidt

Öffnungszeiten: Täglich 11-17 Uhr – montags geschlossen

## Pierre-Auguste Renoir: Wie Seide gemalt

Die Ausstellung ist zweigeteilt und fügt sich gerade eben deshalb zu einer wunderbaren Einheit. Die Kunstsammlungen Chemnitz zeigen Werke des französischen Impressionisten Pierre-Auguste Renoir und zum anderen französische Stoffe, Samt und Seide aus der Zeit Renoirs.

Über 90 Gemälde und Grafiken wurden zu dieser Ausstellung zusammengefügt, allesamt Leihgaben europäischer Museen und Privatpersonen. Die Grafiken entstammen dem Saarlandmuseum. Aus dem reichen Bestand der Textilsammlungen Chemnitz konnten 70 Luxusstoffe präsentiert werden.

Beides, sowohl die Gemälde und Grafiken, als auch die Stoffe sind wohlgefällig in den Sälen und Ausstellungsräumen des Hauses am Theaterplatz arrangiert. Die Sinnlichkeit dieser Exponate erinnert an den Geruch französischen

Parfüms. Man sollte sich Zeit nehmen für einen Ausstellungsbesuch.

Renoir lebte von 1841 bis 1919. Seine Eltern waren Schneidersleute, er begann als Porzellanmaler, gestaltete Fächer und Wappen, kopierte im Louvre Bilder, wendete



Pierre-August Renoir: Monsieur und Madame Bernheim de Villers, 1910, Öl auf Leinwand, 81 x 65,5 cm.

Foto: bpk/RMN/  
Herve Lewandowski

sich schließlich der freien Malerei zu und fügte sich in die Reihe der bedeutenden französischen Impressionisten ein. Renoir liebte schöne Stoffe, schimmernde Seide und glatten Satin, ihr Schimmern und Changieren, das gefällige Anschmiegen an den Körper. So gründet sich seine Malerei elementar auf optische Erfahrungen. Man braucht keine Mythologie oder Geschichte zu bemühen, seine Bilder erschließen sich von allein dem Betrachter.

Kunstwerke dieser Art liebe ich, wenn man sie anschaut, kann man die Seele baumeln lassen.

Die Modelle Renoirs werden in natürlichen Posen gezeigt, sie haben Charakter.

Kommen wir zur zweiten Ausstellung: Die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert war für Chemnitz eine erfolgreiche Zeit, Wirtschaft und Kultur standen in vol-

ler Blüte, dies verdankte die Stadt dem florierenden Maschinen- und Fahrzeugbau und nicht zuletzt der Textilindustrie. Es erscheint heute folgerichtig, dass 1898 eine Vorbildsammlung für Textilien entstand. So konnten Chemnitzer Gestalter, aber auch Maschinenbauer sich zu Hause in Chemnitz orientieren, was modern ist und wo die Trends in der Welt hingehen. Chemnitz besitzt dadurch heute eine der umfangreichsten textilen Kollektionen dieser Zeit. „Samt und Seide“ kann daher in den Kunstsammlungen Chemnitz passend zu den Bildern von Renoir präsentiert werden.

Ingrid Schmidt

Öffnungszeiten:  
Täglich 11-18 Uhr – montags sowie 24. und 31. Dezember geschlossen  
Öffentliche Führungen:  
Mittwoch, Samstag, Sonntag und Feiertage 16 Uhr

## Ein Bienenstich, der Folgen haben kann

Der Europäische Gerichtshof verschärft in seinem Urteil vom 6. September (Rechtssache C-442/09) die Regeln für so genannten "Gen-Honig", d.h. Honig, der genetisch veränderte Pollen enthält, darf nur mit einer Zulassung in den Handel kommen.

Dieses Urteil hat in seinem "Null-Toleranz-Grundsatz" wegweisenden Charakter, denn es bedeutet de facto, dass für jegliches Lebensmittel, was auch nur geringste Spuren von gentechnisch veränderten Pflanzen enthält, eine Sicherheitsüberprüfung und anschließende Zulassung notwendig ist, sonst darf die Ware nicht verkauft werden und dies ist unabhängig von der Menge des enthaltenen genetisch veränderten Materials.

Geklagt hatte ein Imker aus Augsburg, dessen Honig Gen-Pollen der Maissorte MON 610 enthalten hatte. Er hatte auf eigene Kosten eine Analyse seines Honigs machen lassen und ihn anschließend vernichtet. Daraufhin verklagte er den Freistaat Ba-

uern als Besitzer der Fläche, wo zu Forschungszwecken Gen-Mais angebaut worden ist, obwohl der gesetzlich vorgeschriebene Mindestabstand eingehalten worden ist. In diesem Zusammenhang steht nun auch die Frage: Sind die Abstandsregelungen richtig? Diese fordern lediglich Abstände zu gleichartigen Pflanzen unterteilt nach konventionellem und Bio-Anbau. Imker fordern schon seit Langem generell zehn Kilometer zu jeder landwirtschaftlichen Nutzung.

Nach Aussagen verschiedener Imkerverbände müssen nun viele Honige, insbesondere importierte aus "traditionellen" Gen-Mais- und Gen-Soja-Anbauländern wie Argentinien, Mexico und Chile verschwinden. Dies betrifft vor allem die nicht herkunftsspezifischen Honige der Supermarktketten, denn diese bieten ihn überwiegend an. Ca. 80 Prozent des in Deutschland konsumierten Honigs ist (leider) Importhonig. Das EUGH-Urteil böte darüber hinaus regionalen



Foto: Günter Havlena/Pixelio.

Imkern die Möglichkeit, die Verursacher der Verunreinigungen, nicht nur den Bauern, der genmanipulierte Pflanzen anbaut, sondern auch den Grundstückseigner, falls der Bauer ein Pächter ist, auf Schadensersatz zu verklagen, da er seinen verunreinigten Honig nicht mehr in den Handel bringen darf.

Das Urteil lässt aber auch Fragen hinsichtlich der Art und Weise der Sicherheitsüberprüfung und der Zulassung offen. Denn hier beruhigt bereits die internationale Gentechnik-Agentur ISAAA und deklassiert das Urteil auf einen Einzelfall, die Gen-Maissorte MON 810 (vom Gen-Multi Monsanto). Diese hätte eben (noch) keine Zulassung als Lebensmittel, alle anderen hätten diese, somit wären auch die Pollen zugelassen.

Folgt man der Logik von ISAAA, wird man bald keinen genfreien Honig mehr kaufen können, denn es liegen Anträge auf Genehmigung in Europa für viele Arten vor (z.B. Weizen, Gerste, Tomaten). Deutschland gehört (noch) zu den konservativsten Ländern in dieser Hinsicht. Bisher ist deutscher Honig weitestgehend unbelastet, weil nur der großflächige Anbau der Stärkekartoffel "Amflora" zugelassen ist und Kartoffeln allgemein keine "Trachtpflanzen" für Bienen sind.

Befürworter der "grünen" Gentechnik (=Anbau von genmanipulierten Nutzpflanzen) halten es für eine "europäische Paranoia", die von Deutschland aus nun auch

den Europäischen Gerichtshof erfasst habe.

Mittlerweile hat eine schleichende "Genifizierung" bereits stattgefunden, die in manchen Fällen nicht mehr aufzuhalten ist. Ein Beispiel dafür ist der so genannte Doppel-Null-Raps. Ursprünglich in Kanada "auf herkömmliche Art" gezüchtet, wird er auf vielen Flächen in Deutschland angebaut. Ziel war es, den Anteil essentieller Fettsäuren, insbesondere der Alpha-Linolensäure zu steigern, was auch gelungen ist, nur mit dem "kleinen" Nebeneffekt, dass dafür Stoffe wie z.B. Senfglykoside kaum noch vorhanden sind. Für den Menschen unschädlich, aber z.B. für Rehe gefährlich. Diese Stoffe sind Äshemmer, d.h. Rehe nehmen nun deutlich mehr Raps auf, dessen hoher Eiweißgehalt und geringer Rohfaseranteil zerstört deren Darmflora und sie verenden innerhalb kürzester Zeit. Nur fällt dies angesichts des hohen Rehbestandes kaum auf. Das Urteil lässt hoffen, dass Europa zumindest langsamer den Irrweg der Grünen Gentechnik beschreitet.

Übrigens: Der anwaltliche Vertreter des bayrischen Imkers war die Kanzlei Gaßner, Groth, Siederer & Kollegen mit Hauptsitz in Berlin, "allgemein berühmter" Vertreter von Kommunen und öffentlichen Institutionen gegen Beschneidungen der öffentlichen Daseinsvorsorge und auch juristischer Verfechter in Sachen Re-Kommunalisierung.

Thomas Scherzberg



Zum Nachlesen: Öko-Information der Linken im Bundestag.

**Termine ...****Alle Veranstaltungen sind öffentlich****05.10., 17.30 Uhr, QUER BEET, Rosenplatz 4**

"Eindrücke, Erlebnisse, Ergebnisse von der 1. Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen in Caracas". Bericht über die Konferenz vom 4.- 8. März 2011, anlässlich des 100. Frauentages, mit PowerPoint-Vortrag, Musik und Kostproben aus der südamerikanischen Küche

**07.10., 18.00 Uhr, Rosenplatz 4**

Beratung des Stadtvorstandes

12.10., 17.30 Uhr, Rosenplatz 4

Beratung der AG Kultur

**Gesine Löttsch kommt!****12.10., 17.00 Uhr, VAZ Forum, Brückenstraße 10**

Vor dem Bundesparteitag: Politische Schwerpunkte und strategische Ausrichtung der Partei DIE LINKE. Rede der Bundesvorsitzenden mit anschließender Diskussion

**19.00 Uhr, TU Chemnitz (Neues Hörsaalgebäude)**

Podiumsdiskussion „Gerechte Wirtschaftsordnung“

(Veranstaltung des SDS Chemnitz)

**12.10., 17.30 Uhr, Rosenplatz 4,**

Beratung der AG Kultur und Politik

**13.10., 17:00 Uhr, QUER BEET, Rosenplatz 4**

"Soziokultur in Chemnitz - Welche Strukturen braucht unsere Stadt?" Eine Veranstaltung aus der Reihe "Diskussionsforen Kommunalpolitik"

**15.10., 10.00 Uhr, Rothaus e.V., Lohstr. 2**

„Solidarität mit den 5 Kubanern“

Solidaritäts- und Informationsveranstaltung mit Vertretern der kubanischen Botschaft zur Situation der MIAMI 5

**18.10., 14.00 Uhr, Rosenplatz 4**

Beratung der AG Lisa

**18.00 Uhr, Rosenplatz 4**

Beratung der AG betrieb&amp;gewerkschaft

**19.10., Rosenplatz 4, 1. OG**

ab 15.00 Uhr Annahme von Sachspenden für Kuba

16.00 Uhr Beratung der AG Cuba Si

**20.10., 10.00 Uhr, Rosenplatz 4**

Beratung der AG Senioren- und Behindertenpolitik

**21.10. - 23.10. Bundesparteitag der Partei DIE LINKE in Erfurt****26.10., 17.00 Uhr, Rosenplatz 4**

Beratung der AG Ökologie &amp; Verkehr

**27.10., 09.00 - 17.00 Uhr, Geschäftsstelle, Rosenplatz 4**

Posttag für die OV

mit neuer Ausgabe „Der klare Blick“

**17.30 Uhr, QUER BEET, Rosenplatz 4 (Hinterhaus)**

Beratung mit den OV-Vorsitzenden

**28.10., 18.00 Uhr, Rosenplatz 4**

Beratung des Stadtvorstandes

**Nachruf**

Mit tiefer Betroffenheit und Trauer nehmen wir Abschied von unseren Genossinnen und Genossen

**Christa Schiewek****Luzie Wagner****Manfred Hedrich**

In dieser schweren Stunde drücken wir den Hinterbliebenen ganz fest die Hand und sprechen Ihnen unsere tief empfundene Anteilnahme aus.

DIE LINKE.

Stadtvorstand Chemnitz

Die Mitglieder

der Ortsverbände

**12. Oktober, 18 Uhr**

Volksolidarität Chemnitz,  
Hilbersdorfer Straße 33

**Podiumsdiskussion**

**EKKO beschlossen und jetzt? Auswirkungen des Entwicklungs- und Konsolidierungskonzeptes**

Podiumsgäste:

Silke Brewig-Lange

(Stadtelternrat)

Werner Glaesel

(sachkundiger Einwohner  
Verwaltungs- und Finanz-  
ausschuss)

Maik Otto

(Stadtrat - SPD-Fraktion)

Sabine Pester

(Stadträtin - Fraktion DIE  
LINKE)

Andreas Wolf

(Stadtrat - Wählervereini-  
gung Volksolidarität)

**Herzlichen Glückwunsch**

allen Weggefährten, die im Oktober einen runden Geburtstag feiern:

• **zum 95. Geburtstag**

22.10. Frieda Gartsch

• **zum 85. Geburtstag**

03.10. Hans Vogel

07.10. Hilde Weißbach

23.10. Margot Künzel

24.10. Gertraude Göpel

25.10. Christa Letzner

• **zum 80. Geburtstag**

25.10. Günter Bachmann

25.10. Vera Brodführer

25.10. Gerhard Oertel

29.10. Ruth Dietzsch

zum 75. Geburtstag

10.10. Klaus-Dieter Behr

19.10. Margitta Müller

• **zum 70. Geburtstag**

04.10. Helmut Niedbalka

10.10. Wolfgang Bernhardt

20.10. Bernd Kramer

23.10. Liane Braune

• **zum 60. Geburtstag**

16.10. Klaus Ullmann

19.10. Karl-Friedrich Zais

26.10. Barbara Schubert

27.10. Stefan Seifert

28.10. Stefan Wachs

Wir wünschen Euch viel Gesundheit, alles erdenklich Gute.

DIE LINKE.

Stadtvorstand Chemnitz

**BELTON live**  *Dieter Vollhardt*  
Veranstaltungsservice

Annaberger Str. 107  
09120 Chemnitz  
Tel./ Fax: 0371/ 694 60 72  
Funk: 0172/ 3 47 00 52  
E-Mail: beltonlive@t-online.de

DISCO  
KÜNSTLERVERMITTLUNG  
BESCHALLUNG  
BELEUCHTUNG  
TONTECHNIK  
INSTALLATION  
TRANSPORTE  
EVENTS UND CATERING

**Büroarbeit & Wohlfühlen**

**Büroausstattung Richter**  
09130 Chemnitz  
Fürstenstraße 30

**Der Spezialist für Ergonomie im Büro**

Telefon: 0371 - 40 19 557  
Telefax: 0371 - 44 49 049  
FU-Tel.: 0179 - 29 17 587

**BÜRO AUSSTATTUNG RICHTER**  
DIE INDIVIDUELLE LÖSUNG

E-Mail: info@buero-richter.de  
Internet: www.buero-agil.de

# Der klare Kinderblick

## Im Extremen zu Hause

Schlingpflanzen, riesige Mammutblätter, Farne, saftige Gräser, knorrige Wurzeln am Boden und in der Luft - hier schien alles miteinander verschlungen. Aus der Ferne erklang das heulende Geräusch von Motorsägen. Ein winziges, orangefarbenes Vögelchen hüpfte auf der Suche nach Nahrung von Blatt zu Blatt. Da! Auf dem Boden krabbelte ein schwarzer Käfer. Als das Vögelchen den Käfer aufpicken wollte, begann dieser zu sprechen: „Vorsicht, du kannst mich nicht fressen, denn ich bin ein Wüstenkäfer.“ „Wie kommst du denn in den Dschungel?“, fragte das Vögelchen verwundert. „Die Menschen haben mich als Souvenir gesammelt und dann in der Nähe des Dschungels ausgesetzt. Sie wussten nichts mit mir anzufangen.“ „Wie kannst du in der Wüste leben, schwarzer Käfer, da gibt es doch gar kein Wasser?“ „Das Meer bringt uns das Wasser in der Gestalt vom Morgennebel.“ Plötzlich wurde das Gespräch von einem lauten Knattern unterbrochen, das immer näher kam. „Schnell, krieche weg, schwarzer Käfer“, rief das Vögelchen aufgeregt, „sonst trifft dich ein Baum.“ „Warum ist es bei euch im Dschungel so laut?“, fragte der Käfer erstaunt, während er schnell vorwärts krabbelte. „Es sind die Werkzeuge der Menschen. Seit vielen Jahren werden sie nicht müde, den Wald zu zersägen und diesen in ihr Geld zu verwandeln. Davon bekommen Menschen nie genug.“ Geschwind nahm das Vögelchen den Käfer in seinen Schnabel und brachte ihn tiefer in den Regenwald. Die Geräusche der Sägen wurden leiser, während Vögelchen und Käfer im Dickicht verschwanden. Der Wüstenkäfer und das



*Blick in die Ausstellung.*

Vögelchen leben in den extremen Klimazonen unserer Erde. Dazu gehören Wüste, Regenwald, die arktischen Regionen und das Tiefmeer. Auch in den Extremen gibt es Leben. Im Laufe von unzähligen Jahren hat sich eine unermessliche Artenvielfalt herausgebildet, die so verschieden wie sie sind, ideale Voraussetzungen haben, um in den Extremen zu überleben. Leider werden die Lebewesen in den Extremen immer wieder bedroht. Das beginnt beim Regenwald. Dieser Wald hat 100 Millionen Jahre zur Entstehung ge-

braucht. In nur 40 Jahren wurde über die Hälfte zerstört. Natürlich sind es nicht nur Pflanzen, die der Abholzung zum Opfer fallen. Auch tausende von Insekten-, Vogel- und Tierarten sterben einfach so aus, für immer. Und nicht zuletzt hat diese Abholzung Auswirkungen auf das Klima unserer Erde. Die Pole, die einen anderen Lebensraum im Extremen bilden, schmelzen ab. Es ist also höchste Zeit, dass der Vernichtung wertvoller Lebensräume ein Ende bereitet wird.

Wenn ihr das Vögelchen und den Wüstenkäfer kennenler-

nen wollt, dann besucht die Sonderausstellung: Im Extremen zu Hause, die noch bis zum 6. November im Naturkundemuseum zu sehen ist. Gemeinsam mit den Schülern des Andrégymnasiums wurde die Ausstellung liebevoll gestaltet. Hier könnt ihr euch in 80 Schritten auf eine Entdeckungsreise zu den außergewöhnlichsten Lebensräumen der Erde begeben. Kaum zu glauben, dass in Wüste, ewigem Eis, Urwald oder Tiefmeer Leben überhaupt möglich ist. Aber überall gibt es seltene, interessante und spannende Lebewesen zu entdecken. Erstaunlich, wie sie sich in Jahrtausenden an ihre Umgebung angepasst haben. So lebt beispielsweise im Tiefmeer ein Fisch, der in der Gestalt eines düsteren Vampirs daherkommt. In einer gruseligen, fast toten Umgebung haben sich also Fische zum Fürchten herausgebildet. Wenn ihr dann noch einen schwarzen Raucher seht, dann ist das Unmögliche wahr geworden: Ganz ohne U-Boot a la Jacques Piccard seid ihr über 10.000 Meter tief getaucht. In der Wüste ohne Wasser leben, auch das ist möglich. Entdeckt die verschiedenen Arten der anpassungsfähigen Wüstenkäfer bei der Expedition durch die Extreme unserer Erde. Dort erfahrt ihr genauer, wie die Käfer das anstellen. Für Kindergartengruppen und Schulklassen gibt es geführte Ausstellungsbesuche. Dabei könnt ihr selbstständig eine Collage eines Extremlebensraums aus Naturmaterial anfertigen. Also, auf in die Ausstellung. Es lohnt sich!

Viel Spaß wünscht euch

*Eure Yvonne Weber*

**Öffnungszeiten:**

Mo-Fr 10 bis 20 Uhr

Mi geschlossen, Sa, So + feiertags 10 bis 18 Uhr



*Gymnasiastinnen beim Präparieren von Vögeln.*

*Fotos: Naturkundemuseum*